

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

8. Ballion u. Verteilung: Drog II, Telčákova 16 • Leipzig, 26703, 31469, Nachtreibst. (ab 21 Uhr) 33858 • Postfachamt: 57544

13. Jahrgang.

Freitag, 17. März 1933

Nr. 65.

Keine Verpflichtungen gegen die Feinde der Demokratie.

Im „Populaire“ schreibt Léon Blum, es sei die Pflicht aller republikanischen Regierungen, Hitler die Möglichkeit zu entziehen, einen Prestige-Erfolg zu erreichen. Es sei vielmehr die Pflicht dieser Regierung, die deutsche Öffentlichkeit merken zu lassen, daß die republikanischen und demokratischen Regierungen keine Verpflichtung gegenüber den jetzigen Herren Deutschlands fühlen, sondern die Organisierung des Friedens für ihre einzige Pflicht halten.

Luther demissioniert.

Berlin, 16. März. (WZ.) In der Generalratifizierung des Reichsbau-Vertrages Reichsbaupräsident Dr. Luther seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wurde der frühere Reichsbaupräsident Dr. Schacht gewählt. Reichsbaupräsident Dr. Luther hat seinen Entschluß, sein Amt zur Verfügung zu stellen, dem Reichspräsidenten in einem Schreiben mitgeteilt, dessen hauptsächlichster Inhalt wie folgt lautet:

Daß die Reichsbauverwaltung stetig und von parteipolitischen Strömungen unabhängig zu sein hat, müsse zum Schutze der Wahrung als tragende Grundlage deutschen Volks- und Wirtschaftslebens jetzt und auch künftig Geltung behalten.

Dr. Heide zurückgetreten.

München, 16. März. Der Vizepräsident der Reichsregierung, General von Epp, hat folgende Verordnung erlassen: Durch Schreiben vom 15. März 1933 läßt mir der bisherige Ministerpräsident Dr. Heide mitteilen, daß er mit dem heutigen Tage seine Amtsgeschäfte als geschäftsführender Staatsminister und Vizepräsident des Ministerrates niedergelegt hat. Die nach §§ 57 ff. und anderen Bestimmungen der bayerischen Verfassungsurkunde dem Gesamtministerium zustehenden Befugnisse haben von jetzt ab ausschließlich dem kommissarischen Ministerpräsidenten zu.

Der Staatskommissar für das bayerische Innenministerium Adolf Wagner hat folgende Anordnung an alle Regierungspräsidenten und Polizeidirektionen in Bayern bekanntgegeben:

Zur Straffener Durchsicherung der von der politischen Polizei für erforderlich gehaltenen Aktionen wird mit sofortiger Wirkung der Polizeipräsident der Polizeidirektion München zum politischen Referenten beim Staatsministerium des Innern ernannt und ihm in dieser Eigenschaft die gesamte politische Polizei in Bayern unterstellt.

Leipzig, 16. März. Das Polizeipräsidium teilt mit: Das für heute abend angelegte Gewandhauskonzert unter Leitung des Dirigenten Bruno Walter darf auf Anordnung des Ministeriums des Innern nicht stattfinden.

Berlin, 16. März. Der Präsident des preussischen Landtages Kretz hat Anweisung erteilt, daß für die ersten Sitzungen des preussischen Landtages der Schutz durch ein Kontingent Hilfspolizei durchgeführt werde.

Berlin, 16. März. Das Comi-Büro meldet: Der Vorstand des Verbandes preussischer Polizeibeamter hat, wie er mitteilt, in seiner heutigen Sitzung beschlossen, einen Vertrauensmann der nationalen Bewegung der Verbandsleitung beizugeben. Die Verbandsleitung wird fortan nur im Einvernehmen mit dem Vertrauensmann arbeiten.

Bochum, 16. März. Die Gewerkschaftsgebäude sind heute von der SA unter der Bedingung wieder freigegeben worden, daß ausschließlich sozialpolitische Arbeit von den Gewerkschaftsangehörigen für die Arbeiterchaft geleistet wird. Für diese Arbeiten wird ein Überwachungskommissar eingesetzt. Die Gebäude ausgesprochen staatsfeindlicher Organisationen, wie das „Volkswort“-Gebäude, das „Heim der Naturfreunde“ und das „Heim der sozialistischen Arbeiterjugend“ bleiben noch besetzt.

Elding (Westpreußen), 16. März. (WZ.) Einem Bericht der Polizei zufolge sind in den letzten Tagen in Elding und Umgebung in Zusammenhang mit zahlreichen Hausdurchsuchen bei Kommunisten mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. In Tolkemitz wurden zwei verhaftete Kommunisten bei einem Fluchtversuch erschossen.

Der Kampf in Oesterreich.

Heimwehr abgezogen.

Wien, 16. März. Die Heimwehrliste aus Wien und der österreichischen Provinz, die, wie bereits gestern mitgeteilt wurde, gestern während des ganzen Tages in dem Gebäude des ehemaligen Ministeriums für Inneres und Ackerbau im 1. Bezirk (ehemalige böhmische Postkassette) konzentriert wurden, haben während der Nacht nach einer energischen Intervention hoher Polizeibeamten in Gruppen Wien verlassen.

Tiroler Schutzbund verboten.

Innsbruck, 16. März. Mit Bescheid des Landeshaupmannstellvertreters Trögler an die Landesorganisation in Tirol des republikanischen Schutzbundes wurde dieser Verein aufgelöst. In der Begründung der Auflösung des republikanischen Schutzbundes heißt es u. a.: Die amtlichen Erhebungen haben ergeben, daß der republikanische Schutzbund durch Aufstellung von Posten, Entsendung von zum Teil bewaffneten Patrouillen durch verschiedene Ortschaften usw. sich den Charakter amtlicher Funktionen angeeignet hat. Ferner ist erwiesen, daß er entgegen der jagungsgemäßen Feststellung, eine nichtmilitärische Organisation zu sein, nach militärischen

Gefechtspunkten organisiert war.

Die sozialdemokratische Partei hat an Stelle des Schutzbundes Ordnungswachen für Tirol geschaffen. Diese könnten nur mit der Partei aufgelöst werden.

Das sozialdemokratische Gewerkschaftshaus in Innsbruck ist von Militär besetzt und wird durchsucht. Die umliegenden Straßen sind abgesperrt. Ansammlungen im Zentrum der Stadt wurden durch die Polizei zerstreut.

Wien, 16. März. In der Nacht auf heute und im Laufe des Vormittags wurden Massendurchsuchungen nach Waffen in verschiedenen Teilen Vorarlbergs, hauptsächlich in Bregenz, Dornbirn und Feldkirch vorgenommen. Sämtliche Arbeiterheime, Redaktionen und Sekretariate wurden streng durchsucht und die wenigen dort aufgefundenen Waffen beschlagnahmt.

Trotz dieses verhältnismäßig negativen Ergebnisses der Durchsuchungen kursieren Gerüchte, daß morgen in Vorarlberg der Republikanische Schutzbund behördlich aufgelöst wird.

Wien, 16. März. Heute wurden die „Arbeiter-Zeitung“, das „Kleine Blatt“ und die „Rote Fahne“ konfisziert.

Schwere Differenzen zwischen Dollfuß und Fey.

Fey demissioniert.

Wien, 16. März. (Eigenbericht.) Nachdem Dollfuß bekannt wurde, daß die Heimwehr Sonderaktionen plante, kam es zwischen ihm und Staatskommissar Fey zu einem Konflikt, der damit endete, daß Fey dem Ministerpräsidenten die Demission gab. Dollfuß hat erwidert, daß die Heimwehr für den 25. März mit 20.000 bis 25.000 Mann Heimwehr auf Wien marschieren wollte, um mit den bereits in der Hauptstadt lagernden Faschisten die Nacht an sich zu bringen.

Steidle sollte Kommissar für Wien, Storchberg Reichsvereiner werden. Durch diese Pläne fühlte sich Dollfuß an die Wand gedrückt und er wandte sich deswegen in entschiedener Weise gegen Fey. Vorläufig bleibt Fey weiter in seiner Funktion, da eine Lösung des Konfliktes infolge der Parlamentskrise nicht möglich ist. Die politische Spannung aber bleibt größer als je. Die Erregung unter der Arbeiterschaft wird von Stunde zu Stunde mächtiger.

Der Abrüstungsplan MacDonaldis.

Genf, 16. März. Unter außergewöhnlich zahlreicher Beteiligung sämtlicher Nationen und unter großem Andrang des Publikums und der Presse fand heute nachmittags die außerordentliche Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz statt, in der der englische Premierminister MacDonald seine angekündigte große Rede für die Abrüstung hielt.

Präsident Henderson erteilte sofort nach Eröffnung der Sitzung dem englischen Premierminister das Wort. MacDonald wurde bei keinem Erscheinen auf der Rednertribüne von stürmischem Beifall begrüßt. Er richtete einen letzten Appell an die Abrüstungskonferenz. Man habe jetzt in der letzten Phase der Abrüstungskonferenz vor allem mühen neue Konzessionen gemacht werden, um zu einer Lösung zu gelangen. Jeder habe das Recht, zu wissen, was er von der Konferenz zu erhalten und was er zu opfern habe. Er skizzierte sodann im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen sein Abrüstungsprojekt. Dabei hob MacDonald fünf Grundsätze hervor, von denen es folgende sind:

1. Festsetzung einer ersten Abrüstungsetappe auf die Dauer von fünf Jahren.
2. Befestigung des Willens an die ganze Welt, daß die Staaten zur Abrüstung entschlossen sind.
3. Sicherung der Durchführung der Abrüstung durch Einsetzung eines ständigen Kontrollorgans.
4. Vorbereitung weiterer Abrüstungsabstufungen für die zweite Etappe durch ein gleichfalls jetzt schon einzulegendes besonderes Organ.
5. Schaffung einer Vertrauensatmosphäre, in der die politischen Schwierigkeiten der Gegenwart überwunden werden, um später zu weiteren Abrüstungsabstufungen zu gelangen.

MacDonald schloß seine Rede mit folgenden Ausführungen: Wenn meine Vorschläge zurückgewiesen werden und keine Verständigung möglich ist, so wird dasselbe mit jedem anderen Plan der Fall sein. Denn jeder Plan wird gewisse Risiken für alle enthalten. Die Konse-

renz hat die Freiheit, den Plan zurückzuweisen, aber sie muß sich unbedingt darüber klar sein, daß sie mit dieser Ablehnung eine andere Wahl trifft. Abrüstung ist kein Selbstzweck, sondern ein Beitrag zum Frieden! Nur hierauf kommt es an. Eine Ablehnung bedeutet das Risiko eines neuen Krieges! Ein Mißerfolg würde die zerstörenden Kräfte im Leben der Völker wieder an die Oberfläche bringen. Um eine solche Tragödie zu verhindern, sind wir hier. Es ist jetzt in unserer Macht gewesen, die Furchtwelle, die die ganze Welt jetzt durchzieht, zu überwinden.

Genf, 16. März. Der Abrüstungskonventionenentwurf der englischen Regierung gliedert sich in vier Teile, mit insgesamt 96 Einzelartikeln.

Die beiden ersten Kapitel handeln von der Sicherheit und der Abrüstung. Auf dem Gebiete der Sicherheit beschränkt sich der Entwurf auf eine Erneuerung des Briand-Kellogg-Paktes. Das zweite Kapitel enthält die eigentlichen Abrüstungsmaßnahmen. Es sieht die Vereinheitlichung der kontinentalen europäischen Heeresmächten auf der Basis des Milizsystems von einer Dienstzeit von acht Monaten vor. Eine längere Dienstzeit bis zu zwölf Monaten soll in Ausnahmefällen gestattet sein. Eine Standardisierung der Heeresorganisationen außerhalb Europas wird nicht vorgeschlagen. Der Entwurf enthält Ziffern über die künftige Heeresstärke der wichtigsten Länder. Für Deutschland sind 200.000 Mann vorgesehen, nach einer in dem Entwurf enthaltenen Liste erhalten Frankreich 400.000 Mann (davon 200.000 Mann Festlandstruppen), Italien 250.000, Polen 200.000, Rumänien 150.000, Rußland, die Tschechoslowakei 100.000, Belgien 75.000, Ungarn und Bulgarien je 60.000, Rußland 500.000, Jugoslawien 100.000 Mann. Auf dem Gebiete der Landrüstungen wird vorgeschlagen: Bei der schweren beweglichen Artillerie die Festlegung einer Grenze von 105 Millimeter Kaliber-Stärke für die Zukunft. Die Staaten, die über größere Kaliber verfügen, sollen diese bis zu einer Grenze von 155 Millimetern vorläufig behalten.

Fascismus und Staatsgewalt.

Versagt sie auch bei uns?

Es ist noch kein Jahr her, daß die Polizei und die Gendarmerie ihren Feldzug gegen den Volkssport-Verband eröffneten, Hunderte junger Burtschen in Haft nahmen, jedem Dakenkreuz und jedem Braunhemd bis in das verborgenste Schrankfach nachspürten und aus dem Vorhandensein harmloser Broschüren und Liedertexte im Koffer eines Gymnasiasten auf verbrecherische Anschläge gegen die Republik schlossen. Es war eine Hochkonjunktur in Hochverratsaffären und die kräftigste Unterstützung der nationalsozialistischen Bewegung, die sie sich erhoffen konnte. Dann kam der Volkssportprozeß und nach ihm die Auslieferung der Nazi-Abgeordneten. Aus der Tatsache, daß unsere Parlamentarier nicht für diese Auslieferung stimmten, in der wir wiederum nur eine Agitationsquelle für den Dakenkreuzfascismus, keineswegs aber eine wirkungsvolle und vernünftige Maßnahme gegen den Fascismus erblickten, wurde von den tschechischen Nationalisten und Potentpatronen zum Anlaß einer wüsten Debatte gegen die deutsche Sozialdemokratie genommen. Das war noch vor wenigen Wochen.

Inzwischen hat die deutsche Kontrerevolution auf der ganzen Linie gefiegt und das blutige Banner der Mörderdiktatur über Deutschland aufgerichtet. Jetzt wäre es an der Zeit, daß der demokratische Nachbarstaat des deutschen Südtians die deutsche Demokratie, soweit das nach dem Völkerrecht möglich ist, unterstützte; jetzt wäre es nicht minder nötig, sich gegen die Infektion der Bevölkerung durch das Gift des Dakenkreuzfascismus zu wehren, jetzt hätte die demokratische Republik allen Grund, die Demokraten in ihren Grenzen zu schützen oder wenigstens bei der Abwehr des Fascismus ungeschoren zu lassen. Zeit Tagen bietet sich uns aber ein ganz anderes Schauspiel.

Die Radioempfänger aller jüdentendenzigen Dorf- und Kleinstadtkafés sind seit Wochen auf den Deutschlandsender eingestellt, damit eine andächtige lauschende Ziehermenge das Phänomen Ditlev, dieses äußerste Experiment, das jemals mit der Dummheit der Menschen angestellt wurde, immer wieder vernehme. Keine Behörde ist bisher dagegen eingeschritten. In den Wirtschaftshäusern entlang der deutschen Grenze treffen sich die braunen Herren von hüben und drüben, stoßen auf das dritte Reich an und profitieren mit „Heil Ditlev“, ohne daß die tschechische Gendarmerie dagegen einschreiten würde. In Aussig zeigten die Nazi dieser Tage auf einer Lichtreklamfläche, die von verschiedenen Firmen bemittelt wird, die Bilder Ditlevs, des Blutgörging und der SA-Banditen. Die Polizei lehnte zunächst ein Einschreiten ab, erst als sie sah, daß die Arbeiter zur Selbsthilfe gegen die freche Provokation greifen würden, befahl sie die Verbedung der Reklamfläche.

Damit nicht genug! In Weipert haben sich unsere Grenzwehnen an der Day auf die stüchtigen Kommunisten beteiligt und gemeinsam mit den Bluthundenden Görings ein Messerreiben gegen die Opfer des Naziterrors veranstaltet. Im Brüxer Grenzgebiet haben Nazimörder auf tschechoslowakischem Boden einen süchtigen Sozialisten niedergeschossen — die tschechische Gendarmerie ist nicht eingeschritten. Jeden Arbeitslosen, der ein Pfund Margarine über die Grenze schmuggelt, belauert man, jeden armen Teufel von Grenzgänger schießt man zum Krüppel, wenn er beim Schmuggeln erwischt wird, aber die Braunhemden können auf unterem Gebiet ungehindert Menschenjagd treiben.

In Aš hat die Gendarmerie in dem Kampf zwischen Arbeitern und Nazis diesen

Zukunft geleistet. In Patschnitz hat sich bei der Auflösung einer deutschnationalen Versammlung die Gendarmerie rücksichtslos gegen die Arbeiter gewandt, die diese Versammlung besucht hatten, um die Freunde der Dittlerbewegung zur Rede zu stellen. In Kufstig verweigerte bis gestern die Staatspolizei hartnäckig die Bewilligung unserer Kundgebung. In Brünn haben bei einer tschechisch-fascistischen Versammlung Polizeisten Ordredienste für die Zirkeln- und Gaidafasisten geleistet. Schon hört man von Polizeimaßnahmen gegen pahlöse Klüchtlinge, die den tschechischen Behörden überstellt, das heißt, den Mördern ans Messer geliefert werden sollen. Was bedeutet all das?

Die tschechische Bourgeoisie — deren „gemäßigtere“ Sprache gegenüber dem neuen System in Deutschland die Dakenkreuzblätter täglich rühmen — hat vor Jahr und Tag geglaubt, die Dittlerbewegung sei eine großdeutsche, nationale Strömung mit dem Ziel, alle Deutschen in einem Staate zu vereinen. Dagegen hat sie sich mit den schärfsten Maßnahmen gewandt. Inzwischen hat sie erkannt, daß die Dittlerbewegung nur eine Garde des bankrotten Kapitalismus ist, bestimmt, die Arbeiter niederzuschlagen, mit Mord und Diebstahl den Marxismus auszurotten. Dafür hat die tschechische Bourgeoisie allerhöchsten Verständnis. Sie denkt nicht daran, diesen „Aufbruch der deutschen Nation“ zu behindern. Sie wünscht sogar, daß der Geist Dittlers bei uns Eingang finde, daß der tschechische und der deutsche Faschismus erstarken mögen. Sie hat ja in diesen Tagen verführliche Gesten gegen die Volkspartier für angezeigt befunden, sie läßt durchblicken, daß sie unter Umständen zu einer Versöhnung bereit wäre, wenn die jüdelendeutschen Nazi ihrer Pflicht, den Marxismus durch Terror zu brechen, auch bei uns genügen wollten. (Ob Hitler etwa in Prag eine Solidaritätserklärung abgegeben hat, bleibe dahingestellt.)

Diesen Wünschen der tschechischen Bourgeoisie folgt der Apparat des demokratischen Staates. Den marxistisch gebildeten Arbeiter wird das nicht wundern. Er weiß, daß es einen über den Klassen stehenden, objektiven und schließlich „gerechten“ Staat nicht gibt. Er weiß, daß man den Faschismus nicht niederknien kann, indem man den Staatsapparat stärkt und die „extremen Parteien“ bekämpft (so als ob Kommunisten und Faschisten gleichermaßen gefährliche Feinde der Demokratie wären), er wird über die Haltung der tschechischen Bourgeoisie kaum erstaunt sein.

Nun ist aber ein Teil der Staatsgewalt heute noch den sozialdemokratischen Vertretern in der Regierung anvertraut und die Gesamtregierung wird von uns mitverantwortet. Wir denken nicht daran, der Faschisierung des Staatsapparates ruhig zuzusehen, wir lassen uns nicht einfallen, Sarkasmen zu begeben. Man wird in den Kreisen unserer bürgerlichen Koalitionspartner, die ja wahrhaftig niemals unsere Freunde waren, Farbe bekennen müssen. Entweder man ist bereit, die Demokratie zu schützen und den Staatsapparat, wie es der Zusammenfassung des Kabinetts entspricht, im Kampfe der Arbeiter gegen den Faschismus

neutral zu halten, oder aber die Arbeiterparteien werden ihre Forderungen ziehen und wissen, wessen sie sich von Seiten der Bourgeoisie und ihrer Wachpostionen zu versehen haben. Die Verantwortung mitzutragen, an der Regierung und der Gesetzgebung mitzuwirken, hat für die Sozialdemokratie heute nur noch Sinn, wenn dadurch der Kampf der

Arbeiter gegen den Faschismus mindestens nicht gehemmt wird. Daß wir eine amtliche Förderung des Faschismus dulden und decken werden, darf man von uns nicht erwarten. Das mögen sich die Faktoren, die es angeht, schon jetzt mit aller Entschiedenheit gesagt sein lassen!

Der Frauentag.

Der politische März, dieser milde blaue Frühlingssonntag, lockte viele Kleinbürger unserer jüdelndeutschen Kleinstädte zum Wagnis des ersten Verdauungspazierganges — er führte viele laufende arbeitende Frauen zu einer sehr ernstlichen politischen Demonstration. Wenn die Kleinbürger hinauswanderten aus den Gassen der Städte, dann sahen sie in Gruppen, in Scharen sogar, Arbeiterfrauen den Städten zustreben. So wenig konnten sie diesen Stadtmärsch unserer Genossinnen sich erklären, wie sie unsere Maifeier, wie sie irgendeinen der Fast- und Kampftage im Jklus unserer roten Veranstaltungen verstehen. Aber um so größer wird Jahr für Jahr die Zahl der Arbeiterfrauen, die unseren Forderungen folgen, die an den sozialdemokratischen Frauentagsversammlungen teilnehmen.

Wir wollen uns nicht, wie man zu sagen pflegt, „in die eigene Tasche lügen“. Wir wollen in keinem Falle die Zahl der Versammlungsbesucher „nach oben abrunden“. Denn uns nützen hinzugegedichtete Demonstranten nichts. Wir müssen sehr genau abschätzen, ob der Besuch einer Versammlung der Größe des Ortes, der Zahl der Arbeiter, der Kraft unserer Organisationen entspricht. Nur dann vermögen wir festzustellen, ob die Arbeit zu lässig oder zu unserer Zufriedenheit betrieben wurde, ob die Propaganda richtig durchgeführt wurde, ob Fehler gemacht oder vermieden wurden. — Es ist so: wir haben heuer allüberall besonders gut besuchte Kundgebungen gehabt. Rückfragen, Ueberprüfungen aller Meldungen, Einholen besonderer Informationen — alles ergibt das gleiche Gesamtbild: die Versammlungen am sozialdemokratischen Frauentag waren besonders stark besucht. Das ist zum Teil zu erklären aus der Gunst des Wetters. Frauen, deren Schilde schon defekt sind, können bei schlechtem Wetter nicht den Weg in die Bezirksstadt wagen. Das ist aber vor allem zurückzuführen auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bei uns und auf die Ereignisse in Deutschland. So großes, so schicksalsschweres politisches Geschehen muß revolutionierend wirken auf tausende, die unter anderen Verhältnissen vielleicht unseren Versammlungen ferngeblieben wären.

Ja, diese Versammlungen am Sonntag waren so stark, so außerordentlich stark besucht, daß wirklich in vielen Fällen Frauen, sogar solche, die weite Wege zurückgelegt hatten, keinen Zutritt mehr bekommen konnten.

Ein Beispiel für die Entwicklung, für den Vormarsch unserer Frauenbewegung, das charakteristisch ist: im Jahre 1913 gab es im Bezirke Teplitz am sozialdemokratischen Frauentag eine einzige Versammlung; die Genossinnen fanden Platz im Nebenraum eines großen Versammlungsloales. Am Sonntag gab es vier große, überfüllte Versammlungen im Bezirke Teplitz!

Und so war es überall! Der sozialdemokratische Frauentag war ein stolzer Tag auch für unsere Partei — und er war Tag der Zuversicht, der Erhebung...

Es ist nicht möglich, ausführlich alle Versammlungen zu schildern. So sehr die Freude und der berechtigte Stolz unserer Genossinnen es verlangen — es ist doch nicht möglich! Denn wichtiger als diese Berichte über unsere Versammlungen sind heute, sind in diesen Tagen andere Berichte! Unsere Genossinnen werden das verstehen.

Zwölf Frauentagsversammlungen vereinte die Genossinnen des westböhmischen Kreises. Eine dieser Versammlungen, die in Aisch, wurde ganz unvermuthet und ebenso ungründet, noch vor Beginn, behördlich aufgelöst. Die Aischer Frauen werden sich später zu einer Frauentagsfeier versammeln — Kundgebungen fanden statt in Eger, Hohen, Chodan, Follenau, Joachimsthal, Karlsbad, Reudel, Bärtingen, Schönlinde, Pilsen. In diesen Versammlungen sprachen die Genossinnen Blatna, John (Höhern), Schaffer, Bucher, Gänzl, Pils, Richter und die Genossen Kay, Hein, Popp, Wondrak und Langhammer. Die Graalitzer Frauentagskundgebung mußte auf den 19. März verschoben werden. — Arbeiterlänger, Arbeiter-Turner- und Sportler, Jugendliche, Kinderfreunde, alle proletarischen Organisationen halfen mit, unseren Frauen tagveranstaltungen Schönheit und Höhe zu geben. So war es allüberall, in allen Orten, in allen Organisationsgebieten.

Im Kreise Teplitz-Soaz gab es im Bezirke Teplitz vier Versammlungen, in Gossitz (Kobnerin Ann Reich), Eichwald (Kobnerin Hofbauer und Dr. Lauterbach-Wien), Turn (Hofbauer und Dr. Lauterbach) und Seitens (Kobnerin Ann Reich), eine sehr stark besuchte Versammlung in Dax (Maria Deutsch), prachtvolle Versammlungen ferner in Bilitz (Emma Weich), Bratz (Kremser und Jirouk, der tschechisch sprach), Oberleutensdorf (Else Paul), Reudorf im Erzgebirge (Lorenz), Ralitz (Kern), Komotau (Weißler) und — für die tschechischen Genossen — Dattau und Görfau (Kobnerin Seidel). In Soaz mußte die Kundgebung auf den 19. März verlegt werden.

Im Kreise Ruffig-Bodenbach-Warnsdorf gab es viele Frauenversammlungen, fast allgemein gut besucht. Wir können sie nur einfach der Reihe nach anführen: Ruffig, Bodenbach, Kroschitz, Gufau, Bensen, Böhm-Kamitz, Freudenberg, Gaido, Böhm-Prpa, Kiemes, Warnsdorf, Rumburg, Schönlinde, Schladranau, Nieder-Einsiedel und Kufcha. In diesen Versammlungen sprachen Sulikova, Abg. Rival, Emil Krubera, Else Kiemer, Genossin Sadenberg, Karl Robert, Jirsa Kondaniska, Franz Kvaler, Genossin Lorenz, Starfanova, W. Dode, Genossin Kiemer.

Aus Ostböhmen wird über eine sehr schöne Frauenversammlung in Landkron berichtet, in der Genosse Inik sprach, dann über eine Reihe prächtiger Kundgebungen im Trautmaner und Braunauer Bezirke.

Im Reichenberger Erzgebirge mußte der Frauentag auf den 19. März verlegt werden.

In Ries war die Frauentags-Kundgebung verbunden mit einer März-Feier, in der Genossin

Bechl aus Wien sprach. In Rantau sprach gleichfalls Genossin Bechl. Auch in Eisab sprach Genossin Bechl-Wien. — In Kojalub sprach Genossin Gala. — Ueber eine sehr schöne, stimmungsvolle Feier wird aus Kibern berichtet. Sprecher war Abg. Genosse Dietl.

In einer Massenkundgebung in Brünn sprachen deutsch Genossin Dr. Schwelb, tschechisch Genossin Jilova. In Nikolsburg sprach Genossin Kaban, in Jnaim gleichfalls Genossin Kaban, in Wittau Genossin Beer, in Bräunau Genossin Hädl in Oberhaindorf gleichfalls Genossin Hädl. In Mähr-Traubau sprach Genossin Binderberger. Dreimundwenzig Versammlungen im Kreise Sternberg! Die Versammlungsorte: Sternberg, Baulitz, Varna, Langendorf, Neoch, Stadt-Liebau, Elmlitz-Kaulowitz, Mähr-Neustadt, Mähr-Schönberg, Permesdorf, Hannsdorf, Mähr-Nitshof, Bieleberg, Deutsch-Liebau, Kälitz, Weichsauer, Kilsadort, Ober- und Niederlindwiese, Sandhübel, Freudenthal, Kömerthal, Bergthal und Lichtwerden. Rednerinnen und Redner: Dabkejsa, Genosse Jichfa, Genossin Jichfa, Maria Schöber, Kobiltsche, Krone, Kobiltsche, Charlotte Schmidt, Elisabeth Jaroch, Bertha Häbert, Rosa Langner, Bietzer, Marie Böhl, Emilie Drecher, Fischer, Genossin Brigel. — Die meisten Versammlungen konnten am 12. März abgehalten werden, nur die Kundgebungen in Deutsch-Liebau und Sandhübel mußten auf den 19. März verlegt werden.

Im Kreise Troppau-Mähr-Ostau gleichfalls viele Versammlungen! Die Kundgebungen in Jobanesthal, Negerdorf, Lubitzsthal, Pulnet und Rümewald mußten auf den 18. oder 19. März verlegt werden, am 11. und 12. März konnten Frauentagsversammlungen stattfinden in Einsiedel-Niedersthal, Buchbergsthal, Engelwald, Neu-Tischitz, Joffen, Licht, Benitz, Knafe, Spachendorf, Karlssthal, Troppau, Oberberg, Wilsdorf, Odrau, Wagstadt und Wigtsthal. Redner und Rednerinnen: Jabel Genossin Meier, Genossin Joffl, Genosse Kutschka, Genossin Simbrunn, Dr. Czuczka, Genossin Paterno, Genossin Bahr, Genosse Tich, Genossin Schöber, Genosse Kowall. Dr. Ruth Beer.

Nicht alle Versammlungen, die stattfanden, wurden uns gemeldet. Ueber manche wird erst verspätet berichtet werden. Die große Zahl der Versammlungen, die gewaltige Gesamtzahl von Besuchern zeigen gleichermaßen die Stärke unserer sozialdemokratischen Frauenbewegung, wie die Bedeutung des sozialdemokratischen Frauentages.

In allen Frauentagskundgebungen wurde eine Entschlieung angenommen, die nicht nur von wichtigen Frauenforderungen spricht, die vielmehr ist ein

Geschehnis der proletarischen Frauen:
Versammelt zur Feier des Internationalen sozialdemokratischen Frauentages in einer Zeit, da wieder kapitalistischer Imperialismus den Frieden der Welt, sozialistische Barbarei alle politischen Rechte und alle sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter bedroht, befanden wir sozialdemokratischen Frauen und Mädchen festerlich unsere innige Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei und mit den Proletariern aller Länder.

Denn jede Schwächung der Freiheit der Arbeiter ist Einengung auch der Freiheit der Frauen, — jede Bedrohung der Arbeiterrechte ist Gefährdung auch der Rechte der Frauen. Unter der Führung der Sozialdemokratie haben die Frauen ihre politische Gleichstellung gewonnen, — jede Niederlage der Sozialdemokratie brächte ihnen den Verlust dieser Rechte, — Erhaltung und Sicherung sind nur möglich mit Hilfe der Sozialdemokratie.

Mit der Sozialdemokratie und in ihren Reihen werden die arbeitenden Frauen und Mädchen gegen

KARL UND DAS 20. JAHRHUNDERT

Roman von Rudolf Brunngraber

Copyright by Soelsta-Vorlag, Frankfurt am Main 1933

Der Sonntag, wenn die Mutter daheim war, und der freie Tag des Vaters. Dieser Tag, der etwas Heißliches behag, weil man für ihn die Schuhe anziehen mußte, hatte anfangs die Grobhartigkeit von Entdeckungstagen. Man ging neben dem Vater an hundert Häusern vorüber, an hundert Wagen und tausenden Menschen. Und man trat mit dem Vater in die Kirche ein, die das Herrliche war, das man bisher gesehen hatte. Hier liebte man die farbigen Fenster, den Weib- und Geruch, die Orgel und die ungeheure Höhe des Raumes. Trat man dann wieder hinaus, hatte man nach allen Dingen der Welt zu fragen. Schließlich langte man geh- und wissensmüde in einem großen Garten an, in dem der Vater braunes Bier trank und man selbst ein Stück Sped bekam, mit einer scharfen roten Kruste darauf, schwarzes Brot und ein Wasser, das auf der Zunge wie tausend Nadeln schmerzte. Die Helmreihe durfte man in der Pferdebahn machen, aus fahrende Fenster gekniet und über alles erhaben.

Trop dieser Herrlichkeiten aber gab es etwas, durch das sich Karl nicht zu seiner Mutter gezogen fühlte. Es tat ihm nicht nur leid, daß sie nie auf den weiten Gängen dabei war, er meinte auch die Schuld des Vaters daran zu ahnen. Das machte ihm den Vater rätselhaft und im gleichen Maße fremder, als ihm die Mutter beifeldenswerter und süß erschien. Er richtete auch nur an sie die Frage, die ihm bejagt wurde: ob seine Beine schon gerade und seine Augen etwas weniger ungleich seien. Selbst das Schielen hatte sich bis auf eine Kleinigkeit gegeben. Und in den

Wirtschaftsgärten prunkte der Vater damit, daß der Junge schon seinen Namen schreiben konnte. Karl aber war das, angesichts der Größe der Welt, viel zu wenig. Da hatte das kleine Weib sein seine Mühe, an den Sonntagnachmittagen und den Abenden, ihren Jungen das Alphabet zu lehren, wie man es schreibt und liest. Vor allem aber wollte er malen, die farbigen Kirchenfenster und — eine brennende Lampe. Weich Gott, wie Karl ausgerechnet auf eine brennende Lampe verfallen war: er erinnerte sich ja selbst nicht mehr der Wäschbüchsen, in denen er gefesselt hatte. Jedenfalls gelang die brennende Lampe niemals und das kleine Weib hatte seine Schmerzen, denn Karl ließ nicht ab. Allein auch sie konnte keine brennende Lampe malen. Da erzählte sie, denn sie erzählte gern von ihrem Jungen, diese Geschichte einer Dame, bei der sie die Wäsche wusch, während der junge Herr, der Sohn der Dame, dabei stand. Dem machte die Geschichte sozusagen einen schamannischen Spaß. Er klarte das kleine Weib auf, daß die Schwierigkeit bei der Lampe nur in dem weißen Papier läge. Man müsse, sagte er, schwarzes Papier nehmen, denn es stünde ja auch die Lampe in einem dunklen Zimmer. Und er gab ihr ein Paket mit. Wurde das ein Abend! Das kleine Weib hatte sich trotz der Erklärung die Sache nicht vorstellen können, Karl aber sah das schwarze Papier, das sie ihm mitgebracht hatte, sah die gelben und roten Kreiden, und nach einer Weile strahlte eine prächtige gelbe Lampe aus der dunklen Fläche. Ach, diese Lampe strahlte noch weit toller als alle wirklichen Lampen und Karl war nun bereits auch innerlich der Anfang eines Menschen.

In diesen Tagen glaubten auch die Völker in eine lichtere Aera einzuziehen. Der Erfolg, der sich den Friedensruffern Sherman, Descomps und Desoante verjagt hatte, war dem russischen Jaren zuteil geworden. Verwunderlich, da jene ausdrücklich das Ideal gemeint hatten, während Nikolans II. nur an einen Hemmschuh der öster-

reichischen Artillerierüstungen dachte. Immerhin verammelten sich im Haag (1899) die Vertreter von 42 Staaten und man mußte in aller Offenlichkeit viele Koden baltzen. Die Deutschen begingen dabei wie gewöhnlich den Fehler, das herauszulagen, was die anderen dachten. Das zeigte um so mehr von Charakter, als Deutschland noch wie vor bestrebt war, nirgends anzustößen, schon weil das in seinem Interesse lag. Aber selbst der belgische Abgeordnete Beernaert nahm zur Idee des Völkerbundes — man sagte Schiedsgerichtshof — mit der Bemerkung Stellung: das ergäbe eine Klüde, in der die Schwachen gefodet werden würden (so sera une belle cuisine pour cuire les petits états). Jedenfalls stand England vom Verhandlungstisch auf, um seinen Krieg gegen die Buren zu führen. Die Russen marschieren weiter nach China hinein und die Franzosen nach Marokko. Auch rüstete Rußland für den unausschließlichen Krieg mit Japan und schloß, da man sich allgemein auf den Weltkrieg vorbereitete, eine Militärkonvention mit Bulgarien, die gegen das mit Oesterreich und Deutschland verbündete Rumänien gerichtet war. Zugleich festigte Delostoff das franko-russische Militärabkommen. Lediglich England, durch das Wachstum der europäischen Kräfte aus seiner „glänzenden Isolation“ (splendid isolation) herausgepreßt, wußte noch nicht, auf welcher Seite es stehen würde. Und Deutschland ermaß noch nicht das herauskommende Unheil. So nahmen die Bündnisverörterungen der beiden Staaten den entsprechenden Verlauf. England meinte sich Deutschlands, dessen Werbung es (1870-79) misachtet hatte, als seines kontinentalen Schwertes gegen die ihm in der Kolonialpolitik hinderlichen Franzosen und Russen bedenklich zu sein. Deutschland wiederum begehrte für solche Bereitschaft mit der es endgültig jede Brücke zu Rußland abgebrochen hätte, den Eintritt Englands zum Dreibund. Herr von Holstein beharrte auf diesem ebenso billigen wie im Augenblick brüskten Preis, weil er einerseits

Chamberlains Drohung, daß England sich andernfalls an Rußland anschließen würde, und koste es seine chinesischen Ziele und den Persischen Golf, als bluff bedrohte, und weil er andererseits ein gutes Rubelissen hatte: wir glauben, äußerte er, daß der Strom der weltgeschichtlichen Entwicklung doch aller Wahrscheinlichkeit nach Deutschland und England einstmalig auf dieselbe Seite drängen wird. England aber hatte über diesen Dreibund, dem es beitreten sollte, keine besondere Meinung. Lord Balfour deutete sie an, als er dem Fürsten Bülow die Aufstellung Oesterreich-Ungarns vor- schlug (1899). Und im übrigen fand England bald heraus, auf welche Seite es durch seine seit Wilhelm von Oranien bewährte Gleichgewichtspolitik gewiesen wurde. Es machte keine Dringung sofort wahr. Ein Hindnis schloß es zwar vorerst nur mit Japan, doch es lud auch Frankreich behufs Vereinigung aller Kolonialdifferenzen zu Verhandlungen ein (1902).

Mittlerweile hatte die Zeit, die an dieser Jahrhundertmarke alles zu jedem und jedes zu allem in Beziehung zu legen begann, auch den Lebensfaden des kleinen Karl Lafner in das große Netz gefodet. Im Gesichtswinkel der Pointe äußerte sich das darin, daß er im Jahr der Haager Weltfriedenskonferenz schulpflichtig geworden war. Für ihn selbst freilich bedeutete der Eintritt in die Schule ein ungewöhnlich erwartetes, obelndes Ereignis. Da seine Eltern in die Nähe der Schule übergestellert waren — unter bösem Vertraune, daß Karl jedoch ebensowenig auhritt wie das Käffel der Speisen, die ihm seine Mutter täglich heimbrachte — sah er jeden Morgen die Straße schwarz von Kindern. Er stand mit schwimmenden Augen hinter der Scheibe und es prekte ihm das Herz ab, nicht mit ihnen zu sein. Bis der Tag gekommen war und seine vorausgeesselte und ungememe Fernhogerde sich in ein viel zu schmales Bett geleitet fand. Da wurde er ein Biellefer.

(Fortsetzung folgt.)

Wird Irland Treue schwören?

Dublin, 16. März. (Reuters.) Der Senat des irischen Freistaates hat den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Treueides gegenüber dem König des Britischen Reiches in zweiter Lesung mit 24 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Trotzdem wird im Sinne der Verfassung die Vorlage Anfang April d. J. Verlekt.

die Kriegsgefahr, für die Völkerverständigung, für die Sicherung des Friedens kämpfen.

Mit der Sozialdemokratie und in ihren Reihen werden sie den Kampf für die Erhaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Rechte führen, darüber hinaus aber den Kampf für die völlige, für die absolute Gleichberechtigung von Mann und Frau, für die Ausweitung der politischen Rechte zur sozialen, für die Ergänzung der politischen Rechte durch leistungsgerechte, die allein die Befreiung aus dem Fesseln wirtschaftlicher Abhängigkeit bringen kann — der Sozialismus!

Die arbeitenden Frauen und Mädchen danken den sozialdemokratischen Regierungsgenossen für ihre unermüdete Arbeit im Interesse der Arbeiter, sie danken besonders dem Fürsorgeminister Dr. Czoch für seine nie erlahmenden Bemühungen, die Lebenserleichterung der Arbeiter zu sichern, — sie danken dem Justizminister Dr. Meißner für seine Anstrengungen, eine Reform des Paragraphen 144 zu erzielen. Die Versammelten wollen nicht unterlassen, festzustellen, daß zu jenen Menschenrechten, für die sie kämpfen, auch die Freiheit der Mutterchaft gehört.

Die arbeitenden Frauen und Mädchen wissen, daß Sieg des Faschismus Verflüchtung der Frauen bedeutet, Niedertrampeln der Arbeiter, fürchterliche Steigerung der Kriegsgefahr. Die arbeitenden Frauen und Mädchen geloben deshalb, Seite an Seite mit den proletarischen Männern gleich diesen ausdauernd im Kampfe, zunächst in der Abwehr faschistischer Angriffe, bald aber, wie sie überzeugt sind, in neuem Vorsturm, im siegreichen letzten Ringen

für Völkerefrieden und Menschenrecht!

Vereinheitlichung der Jugendfürsorge.

Eine Tagung im Fürsorgeministerium.

Am 28. Februar 1933 fand im Ministerium für soziale Fürsorge eine Beratung der Vertreter aller Reichs- und Landeszentralen für Jugendfürsorge über gewisse dringende Fragen der Jugendfürsorge statt. Den Vorsitz führte der Minister für soziale Fürsorge Dr. Czoch. An der Beratung nahmen auch Vertreter des Justizministeriums und der Zentralsozialversicherungsanstalt teil. Zur Verhandlung standen folgende Fragen: Die Vereinheitlichung der Beratungsstellen für Mütter und Kinder, gewisse aktuelle Fragen der Generalvormundschaft, die Organisation der Elternräte, die Heimstätten für arbeitslose Jugend, die Heilfürsorgeaktion für Arbeitslose sowie die Bekleidungsaktion für die Kinder Arbeitsloser.

Auf dem Gebiete der Beratungsstellen für Mütter und Kinder handelt es sich um die Zusammenfassung und Vereinheitlichung sämtlicher Organisationen, die bisher auf diesem Gebiete tätig sind. Hinsichtlich der Vereinheitlichung wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt, die den Gegenstand weiterer Verhandlungen mit dem Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen bilden wird.

Zur Klärung der Frage der Generalvormundschaft trugen die Erläuterungen des Vertreters des Justizministeriums wesentlich bei. Es wurde empfohlen, die künftige Regelung der Generalvormundschaft nach den in der Regierungsverordnung Nr. 10/1932, S. d. S. u. L. für die öffentlichen Vormünder in der Slowakei und Karpathenrußland niedergelegten Grundzügen durchzuführen. Die Verbände für Jugendfürsorge werden nach Durchberatung dieser Angelegenheit dem Fürsorgeministerium konkrete Anträge unterbreiten.

In der Frage der Jugendfürsorgearbeit der Elternräte wurde beschlossen, zwecks Erzielung der Vereinheitlichung der gesamten Jugendfürsorge die Elternräte für die Mitarbeit im Rahmen der Bezirksjugendfürsorge zu gewinnen. Die Beratungsteilnehmer nahmen hierauf einen Bericht über die Errichtung und Tätigkeit der Heimstätten für die arbeitende Jugend entgegen und beteiligten sich sodann an einer Aussprache über die vom Ministerium für soziale Fürsorge organisierte Heilfürsorge für Arbeitslose, welcher Hilfsaktion ganz besonders vom Standpunkte der Kinder der Familien Arbeitsloser eine sehr große Bedeutung zukommt. Die Notwendigkeit einer sehr regen Mitarbeit der Bezirksjugendfürsorge wurde von sämtlichen Beratungsteilnehmern anerkannt. Schließlich wurde noch über die Art der Durchführung der Bekleidungsaktion für die Kinder Arbeitsloser beraten.

Die Vertreter der einzelnen Landeszentralen brachten zum Schluß verschiedene wertvolle Anregungen vor, sie erörterten unter Hinweis auf die außerordentlich schwierige Lage der freiwilligen Jugendfürsorge alle Möglichkeiten, die die Jugendfürsorge auf sichere finanzielle Grundlagen zu stellen geeignet wären.

Die ungewöhnlich reichhaltige und wichtige Tagesordnung rief einen sehr lebhaften Meinungsaustausch hervor. Die Einmütigkeit ist in der abgeführten Aussprache und in den gefaßten Beschlüssen die beste Gewähr für die weitere erfolgreiche Entwicklung der freiwilligen Jugendfürsorgeaktionen, denen in der jetzigen kritischen Zeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge ganz besonders verantwortungsvolle Aufgaben gestellt sind.

Immer fürchterlichere Gewaltakte der Hitler-Verbrecher.

Hunderte Sozialdemokraten und Kommunisten in Sachsen mißhandelt.

Das angebliche Attentat, von dem die reichsdeutschen Zeitungen durch große Sonderanschläge am Sonntag berichteten, hatte einen ungeheuren Feldzug von Schutzverhaftungen von Funktionären und Mitgliedern der SPD und der KPD zur Folge. Das Attentat im Annaberger Gerichtsbezirk auf die öffentlichen Betriebe wurde angeblich um Mitternacht erwidert. In den späten Abendstunden jedoch hatte die SA aus dem ganzen Gerichtsbezirk, der auch Chemnitz mit umfaßt, in fahrbereiten Lastautos Bereitschaft.

Die erschütternden Einzelberichte der in Schutzhaft Genommenen zeigen die ganze entsetzliche Bestialität dieses braunen Untermenschentums auf.

Bout 1 Uhr nachts bis in die frühen Morgenstunden wurden die Schutzverhaftungen durchgeführt, unsere Funktionäre und die KPD-Mitglieder aus den Betten herausgeholt und ohne Angabe des Zieles auf die Autos geladen. Die Schutzverhaftungen, die in Bärenstein, Büchholz, Jöhndorf und in allen Orten des Gerichtsbezirkes Annaberg durchgeführt wurden, wurden durchwegs von SA-Leuten vorgenommen. Die Verhafteten wurden mittels Autos nach Annaberg ins Stühnenhaus, das braune Haus der Nationalsozialisten, geschafft. Dort begann das große Verhör.

Die Vernehmungen wurden in der berühmtesten Form des zweiten Grades der amerikanischen Polizeiverhöre durchgeführt. Die Eingelieferten wurden angebrüllt, Dreck- und Scheißerle genannt und aufgefordert, anzugeben, wo sie ihre Waffen verborgen hätten. Als es die Eingelieferten verneinen mußten, Waffen zu besitzen, wurden sie der Reihe nach aufgefordert, auf den Gang zu treten.

Dort empfingen sie SA-Leute, die sie mit Gummiknüppeln bearbeiteten.

Hereingeholt und befragt, ob sie sich besonnen hätten, die Waffenbereitete anzugeben, mußten sie die Anklage, Waffen zu besitzen, abermals verneinen. Auf Grund dieser Aussage wurden sie in das Neben-Kabinett eingeliefert, wo SA-Leute auf einer Prüßche

jeden einzelnen auf das entschuldigste mit langen Gummiknüppeln mißhandelten. Hierauf wurden sie auf den Gang geworfen

und von der SA in den Saal gestoßen, wo sie die bereitgestellte SA-Sanität in Empfang nahmen und ihnen die Bunden verband. Die Sanitäter erfüllten ihren Samariterdienst in der empörendsten Weise. Darauf wurden die Inhaftierten im Saale auf dem aufgeschütteten Strohh mit Fußtritt zu Boden geschlagen.

Der Saal selbst bot mit seinen weit über 200 Inhaftierten ein Bild aus den schauerlichsten Kriegerlagern.

Jeder lag dort mit eingemummtem, verbundenem Kopf, schwarz unterlaufenen Augen, Knochenbrüden, hysterischen Weintämpfen. Ein kommunistischer Gemeinderat, der vor wahnsinnigem Schmerz aus dem Fenster sprang, wurde gezwungen, die ganze Prozedur noch einmal an sich ergehen zu lassen, bevor er wieder in den Saal eingeliefert wurde. Nachdem das Verhör durchgeführt worden war, leisteten sich die SA-Leute den rohen Scherz, die Verprügelten und Verwundeten aufzufordern, „Habtacht!“ zu stehen. Dabei mußten sie im Chor folgende Variation eines Schlagerliedes singen:

„Wo hab ich denn die schönen, blauen Augen her? Von der S. A. Sie gibt noch mehr Und soll' ich sie noch einmal nur verschöden, dann wird S. A. mich noch einmal verschöden.“

Am nächsten Morgen konnten die Inhaftierten den berüchtigten Erfrischungsgang antreten, der eine neue Maxier für die Armen bedeutete.

In Büchholz wurden am Sonntag und am Montag SPD-Leute in ihren Wohnungen und auf den Straßen verprügelt. Der von der NSDAP abgeplante deutschsozialistische Abergangene H. Fischer aus Plauen, der besonders scharf gegen die Razi eingestellt war, wurde ebenfalls auf der Straße in Dresden niedergeschlagen und schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Traurige Sensationen leisteten sich die SA-Leute durch Exzelle von Geständnissen, aus der KPD oder der SPD auszutreten und sich schriftlich zu verpflichten, sich politisch nicht mehr zu betätigen. Diese exzelle Erklärungen, die persönlich unterschrieben sein müssen, werden dann unter großem Tamtam auf den öffentlichen Anschlagtafeln zum Aushang gebracht. So schaut es in Wahrheit mit den Austrittserklärungen der KPD- und SPD-Leute aus.

Die Ausschreitungen der SA-Leute nehmen immer größere Formen an.

Wenn Hitler seine Razi zurückweist oder wenigstens im Radio so tut, so ist das nur eine berechnende Geste für das Ausland. In Wirklichkeit scheren sich die Razi den Teufel um solche Aufforderungen und verhaften und prügeln und tödlichen willkürlich weiter.

So wurden angesehenen Geschäftsleute, führende Direktoren von Fabriken in Sachsen einfach aus rein privaten Nachemotiven heraus oder wegen ihres jüdischen Aussehens in Haft genommen. So passierte dieses Schicksal dem Direktor Rosenthal der KKS-Niederlassung in Soßen. Während er mit Vertretern aus Paris und Brüssel über Geschäftsabschlüsse verhandelte, wurde er vor den Augen dieser ausländischen Vertreter verhaftet. Jüdische Geschäftsleute sind ein beliebtes Angriffsobjekt für wildgewordene SA-Leute. Ein Direktor der DSW, Motore und Kühlanlagen in Schopau-Scharpsenstein, wurde aus ähnlichen Motiven heraus in Schutzhaft genommen. Dieses Vorgehen hat bis zum heutigen Tage verursacht, daß Russenanträge mit den DSW-Werken, bei der Werkzeugmaschinenfabrik Reinger in Chemnitz und anderen großen Fabriken, die in die Millionen Reichsmark gingen, einfach annulliert wurden.

Diese Bilder sind nur ein schwacher Abglanz der Wirklichkeit. Die Arbeiterchaft bei uns wird gut tun, aus diesem Meer von Tränen und Blut die notwendigen Konsequenzen für ihren Kampf gegen den Faschismus in unserem Gebiet zu ziehen.

Ein Brief aus Berlin.

Ein Berliner Arzt von Nazibanditen zertrampelt und zerstoßen!

Die Polizei greift nicht ein!

Ein Prager Genosse stellt folgenden Brief zur Verfügung, den er eben von einer bürgerlichen Frau aus Berlin erhielt:

Lieber Freund!

Was ich heute berichte, klingt wie der böse Alptraum eines Tollhäußlers, ist aber blutige Wahrheit, durch keine Zeitung zu erfahren, aus der Aera des neuen dritten Reiches; wie die siegestrunkenen Herren es nennen, der „nationalen Revolution“. In den letzten Tagen wurde der beste Freund von Dr. G., gleich ihm Arzt und immer wieder im Laufe der Jahre in Wahlversammlungen gesehen, zu nächstlicher Stunde von einer großen Horde Braunhemden aus dem Bette geholt und fürchterlich mißhandelt. Die ganze erlebte eingetragene Wohnung wurde demoliert, kostbare Kantenapparate zertrümmert, das Ordinationszimmer verwüstet. Der entsetzte Portier rannte zum nächsten Schutz, der sich keinen Schritt vom Fleck rührte und ruhig erklärte, er habe die Leute eindringen sehen, müsse aber passiv bleiben, sonst verliere er unbarmerzig seine Dienststelle. Als es dem Portier endlich gelang, einen Rettungswagen zu alarmieren, fand man den Arzt zertrampelt und zerstoßen in seinem Blute schwimmend; sollte er auch wieder zusammengesetzt werden, ist der Nervenschod ein derartiger, daß der Mann nie wieder Praxis üben kann, also ruiniert ist.

Die absolute Rechtlosigkeit der für Nazisten gehaltenen Juden geht so weit, daß ein raffiniertes Überwachungssystem ihre Brief- und Telephongehheimnis aufhebt; jeder Atemzug heißt Gefahr.

Das äußere Leben spielt sich gleichmäßig und voll Ordnung ab, kein Ungewöhnliches würde außer dem Gewimmel von SA-Mannschaften irgendeine Veränderung merken und die tragischen Einzelschicksale verlinken im Großstadtstrom. Sie wissen, ich habe mich niemals für eure Partei erwärmt, aber mein Gerechtigkeitsgefühl schäumt über und wird nie verlegt angesichts dieser barbarischen, kultur- und sinnlosen Brutalitäten.

Namen des Arztes und des Briefschreibers müssen natürlich um ihrer Sicherheit willen verschwiegen werden.

Ein fürchterliches Schicksal, wie es aber jetzt im Reich alltäglich ist. Man muß annehmen, daß es Hunderten, über die man zur Zeit nichts erfährt, ähnlich ergel!

„Jeder Atemzug heißt Gefahr“ also wird wohl nur selten ein Privatmensch den Mut haben, solche Dinge schriftlich ins Ausland zu berichten.

Die Verbrecher der Nationalisten stinken zum Himmel. Wie lange noch?



Kaufmann Rudolf Müller sagt:

... zu meinem guten Bohnenkaffee sollen Sie keine gewöhnlich gebrannte Gerste verwenden, sondern einen guten Malzkaffee und zwar den bekannten „Kathreiner“, den es auch nie lose zu kaufen gibt, sondern nur in fertigen Paketen! Gewöhnlich gebrannte Gerste könnte das Aroma meines Bohnenkaffees nur verderben.

Nazi-Deutschland.

Meldungen eines Tages.

Der Reichstagspräsident hat angeordnet, daß sozialdemokratische Pressevertreter bis zur Aufhebung des Verbotes der sozialdemokratischen Presse in Betrieben keinen Zutritt zum Reichstag haben. Einladungen zum Reichstag werden an kommunistische Pressevertreter überhaupt nicht mehr ausgegeben. Für den preußischen Landtag soll eine ähnliche Regelung getroffen werden wie für den Reichstag.

In Berlin und in den preußischen Kommunen werden in diesen Tagen die letzten bisher noch nicht bezahlten sozialdemokratischen und republikanischen Beamten abgesetzt. Alle werden durch Anhänger der NSDAP und der Deutschnationalen ersetzt.

Das in Opposition zur Hitlerbewegung stehende und aus früheren Nationalsozialisten bestehende Freikorps „Franka“ ist aufgelöst und verboten worden.

In Sachsen ist den kommunistischen Betriebsräten und Betriebsobmännern die Ausübung ihrer Befugnisse untersagt worden.

In Potsdam wurden mehrere von Arbeitern bewohnte Landkolonien von einem großen Polizeiaufgebot umstellt. Sämtliche Wohnungen wurden durchsucht.

Der Republikanische Richterbund hat seine Auflösung beschlossen und durchgeführt.

Berliner Polizei rüdt am Mittwoch zu einer großen Razzia aus, die sich gegen die Siedlungsstätten der im Wilmersdorf gelegenen Künstlerkolonie richtete. 300 Polizisten, 60 Kriminalbeamte und 20 nichtuniformierte SA-Hilfspolizisten erschienen gegen 8 Uhr morgens auf Kraftwagen und riegelten das gesamte Stadtviertel ab. Hunderte von Wohnungen wurden nach Kommunisten und verbotenen Schriften durchsucht. Selbst die Feuerwehrt war herangezogen. Zeitweise wurden Bücher, Schriften und ganze Bibliotheken von linksgerichteten Schriftstern beschlagnahmt und abtransportiert. Zahlreiche Künstler und Schriftsteller wurden verhaftet. Die gesuchten Kommunisten waren nicht zu finden.

Zehn Mitglieder der Hitler-Jugend besuchten am Mittwoch das Heim des Sozialistischen Studentenbundes an der Universität Breslau. Die Besetzung des Heimes erfolgte, wie die Breslauer Nazizeitung mittelt, weil dort „staatsfeindliche Pläne“ vorbereitet wurden. Das Heim sei der Treffpunkt „marxistischer und kommunistischer Gefährden“ gewesen. Die Hitlerjugend hat bereits einen Teil des Mobiliars und der Akten aus dem Heim entfernt.

Der Präsident des Oberlandesgerichts Breslau hat den bei den Breslauer Gerichten zugelassenen jüdischen Anwälten nahegelegt, das Gerichtsgebäude von Donnerstag ab zu meiden. Polizei werde zwar die Eingänge sichern, aber es sei damit zu rechnen, daß SA-Streifen auf der Straße erscheinen würden.

Die Rechtspflege an den Breslauer Gerichten wird immer noch nicht im vollen Umfange wieder aufgenommen; nur Termine vor den Einzelrichtern finden statt.

Das thüringische Staatsministerium hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat sämtliche Hilfs- und Nebenorganisationen der kommunistischen Partei verboten.

Die Giftmischer an der Arbeit.

Für die geradezu unlaublichen Verbrechen, welche in diesen Tagen in Deutschland von den nationalsozialistischen Horden an sozialdemokratischen, kommunistischen und auch bürgerlichen Politikern und dem Gut ihrer Organisationen verübt werden, sucht man bürgerlicherseits, auch in der Tschechoslowakei nach Gründen der Rechtfertigung. Dabei vergißt man auch nicht, den von der Wirklichkeit abseitsstehenden Bürgern das Gruseln vor den „roten Vongzen“ beizubringen. Da ist vor allem der „Tag“, der mit einer hemmungslosen Hege gegen die Sozialdemokratie einsetzt und dabei schwindelt und lügt, daß sich die Balken biegen. Seine Mittwochsausgabe — die übrigens das gleiche Gesicht trägt, wie jede andere seiner Ausgaben — enthält von der ersten bis zur letzten Seite fast nichts als Lügenberichte und verleumdende Behauptungen, die sich der „Tag“ mit Rücksicht darauf, daß die in Frage kommenden Institutionen und Personen momentan außerstande sind, Gegenung zu fordern, leisten.

Da heißt es z. B.: „Arbeiter, Sozialdemokraten! Eure Führer achten nur ein Deutschland in dem ein sozialdemokratischer Bürgermeister Böß von Berlin wegen Bestechung aus dem Amte geworfen werden mußte.“ Das mag der „Tag“ zu schreiben, trotzdem allgemein bekannt ist, daß Böß niemals Sozialdemokrat, sondern einer bürgerlichen Partei, nämlich der Staatspartei angehörte.

In einer groß ausgemachten zweibaltigen Rubrik, die sie mit der Überschrift „Krankenkassen-Scandale“ versehen, führen die Nazis an:

„Der Verwaltungsschatz der preussischen roten Krankenkassen kostete jährlich 1,2 Milliarden RM, der preussische Verwaltungsschatz 0,2 Milliarden RM.“

Die Differenz wanderte in die Taschen der roten Vongzen.“

Was der „preussische Verwaltungsschatz“ eigentlich ist, ob er mit den Krankenkassen überhaupt in irgend einem Zusammenhang steht, wird nicht verraten. Sie nehmen ganz einfach aus irgend welchen Berichten zwei Zahlen heraus, stellen diese einander gegenüber und knüpfen daran die Feststellung, die Differenz zwischen den beiden genannten Zahlen ergibt den Betrag, den die „roten Vongzen“ eingestrichelt haben.

Der „Tag“ bringt an die eben erwähnte Notiz anschließend eine Zusammenstellung einer Reihe Krankenkassenbauten und der Kosten für dieselben und fragt zum Schluß: „Wieviel Millionen Mark lassen da in die Taschen roter Vongzen?“ Mit keinem Wort kommt der Tag nachweisen, daß irgendwam und irgendwo das Geld für andere Zwecke als für den Bau der Krankenkassen verwendet wurde, aber trotzdem wird schamlos die Frage aufgeworfen; wieviel dabei gestohlen wurde!

„Überall wurde das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen verendet.“ Für diese freche Behauptung hat der „Tag“ nichts anzuführen, als das Räuschen von doppelten Rechnungen der Bauhütte in Solingen, die Lüge, daß die vom Stadtbaurat May in Frankfurt erbaute Siedlungshäuser leer stehen und daß bei der Einweihung der Kölner Brücke 3426 Gäste geladen waren.

Aber was ist das alles gegen den Ertrag des „Tag“ über die bestialische Mißhandlung des Genossen Sollmann. Über die wir in der Sonntagsausgabe unseres Blattes geschrieben haben und die jedem gestitzten Menschen die Schamröte ins Gesicht trieb: „Wenn der Genosse Sollmann tatsächlich eine Tracht Prügel davongetragen, dann wird kein anständiger Mensch darüber Mitleid empfinden, wenn er weiß, wer dieser Sollmann war.“ Wer er war, sagt der „Tag“ gleich: „Sollmann stand mit Meerfeld, Haas und Schäfer an der Spitze der Kölner Umsturzbanden. Zuchthäuser und Zinnen waren die Helfer des Genossen Sollmann und seines roten Untermenschentums gegen ein Kulturvolk. Der Führer dieser Zuchthäuser und der Hurenrevolte in Köln war Sollmann.“ All diesem Schmutz fügt der „Tag“ dann bei: „Ist es ein Wunder, daß eine solche Typen von deutschbewußten Menschen Tracht Prügel bekam? Ein Galgen wäre richtiger gewesen!“

Und dieses Blatt mag es mit uns zu rechten! Dieser Blieb, der anfänglich versucht mit Methoden, die nur vollständiger Vertierung entsprungen können weil eine Antwort darauf, ob unser Genosse Niehner führende Dakenkreuzler „Kobuben“ genannt hat? Er glaubt also trotz all seiner niedrigen Verleumdungen, Unterstellungen und Verteidigung schamloser Verbrechen, wir müßten uns mit ihm auseinandersetzen. Für solche Reptile gibt es kaum Worte mehr, da hilft nur noch rücksichtslos, entschlossener, ein das letzte Mittel erhebender Kampf. Den werden wir führen!

Polnische Arbeiter besetzen eine Fabrik.

In Lodz wurden die großen polnischen Textilwerke Widzewska Manufaktur von der Arbeiterschaft besetzt. Die Arbeiter erklären, daß sie die Arbeit nicht aufnehmen, aber auch die Fabrik nicht verlassen werden. An der Streikbewegung sind zur Zeit über 65.000 Arbeiter beteiligt.

Militärische Ausbildung der Naziformationen.

Eine Rede des Sachsenkommissars Killinger.

Dresden, 14. März. (Eigenbericht.) Der Reichskommissar für Sachsen, von Killinger, fordert in einer Ansprache an die Unterführer der sächsischen SA. und SS., daß „mit unerbittlicher Energie“ und „ohne auf das Geschrei der Geister Tanten zu achten“, die militärische Ausbildung der nationalsozialistischen Formationen zu forcieren sei; wenn nunmehr die politische Krise nach Deutsch-Oesterreich hinüberzugreifen beginnt, dann könne plötzlich „der große Tag kommen, an welchem deutsches Land und deutsche Menschen jenseits des Erzgebirges in Anechtshaft schmachten müssen, im Kampf zurückgehoht werden, so wie es das Programm der Nationalsozialisten es fordert. Und der Eid, den der Reichstanzler Hitler auf dieses Programm geschworen habe, sei älter und wiege schwerer, als jener Formaleid auf die Reichsverfassung“.

Dierzu erfahren wir, daß ein Kraftwagen, der in der Nacht zum 14. März von Baunzen (Sachsen) nach Prag fuhr, an der Grenze bei Rumburg mehrfach starke SA-Ableitungen mit Gewehren, in einem Falle mit einem Maschinengewehr beobachtet hat. Gleiche Meldungen liegen uns aus Schwarzenberg und Markneukirchen (sächsisches Erzgebirge) vor.

Göring verlangte Ultimatum an C. S. R.

Begen Auslieferung der Nazis.

Berlin, 15. März. (Eigenbericht.) Die Frage der kürzlich erfolgten Auslieferung der nationalsozialistischen Abgeordneten in der Tschechoslowakei hat beinahe zum Rücktritt des deutschen Außenministers geführt, nachdem der Reichskommissar für Preußen, Herr Göring (dessen außenpolitischen Einsarenritte bekannt genug geworden sind), ein scharfes Ultimatum an die Prager Regierung gefordert hatte, mit dem Verlangen, die betreffenden Abgeordneten sofort freizugeben.

Neue Einzelheiten über die Mißhandlungen Sollmanns.

Ein Genosse, der Gelegenheit hatte, Sollmann im Krankenhaus zu sprechen, berichtet der saarländischen „Volksstimme“ folgendes:

„Sollmann wurde Mißhandlungen ins Lazarett des alten Kölner Gerichtsgefängnisses eingeliefert, nachdem ihn die Polizei nach langem Suchen endlich in ohnmächtigem Zustande im Kohlenkeller des Kölner offiziellen Brauereihauses in der Mozartstraße gefunden hatte. Sein ganzer Körper war voller Verletzungen. In dem Augenblick, in dem ihn unser Freund im Gefängnis besuchte, wurde ihm gerade das Kinn genötigt, wo er eine breite, klopfende Wunde erhalten hatte. Der ganze Unterkiefer war gelodert und die Zähne hingen heraus. Die Ärzte bemühten sich um den Schwerverletzten, der kaum insande war, einen Bericht über die entsetzlichen Mißhandlungen zu geben, die an ihm verübt wurden.“

Die Bestialitäten, die diese Nazimordbanden gegen Sollmann anwandten, übertrafen noch bei weitem all das, was wir in unserer Freitagnummer brachten. Einer unserer Genossen, die Sollmann später im Krankenhaus sehen konnten, erzählten die grauenerregendsten und haarsträubendsten Dinge. Wie man Sollmann gepeinigt hat, wie man ihn geschunden, zerhieben, auf welche Weise man ihn hunderte und tausendfach gequält und gemartert hat, läßt sich nicht in Worten ausdrücken. Neben anderen Grausamkeiten verfiel man auf die Idee, ihm flaschenweise Nixmus einzuschütten und ihm die Hosen zuzubinden. Darauf schlug man ihn, zertrugte ihm das Gesicht, so daß er im ganzen Gesicht vernäht werden mußte. Daß Sollmann überhaupt mit dem Leben davonkommen konnte, ist als ein Wunder zu bezeichnen. Denn er ist am ganzen Körper blutig geschlagen, er lag wie in seinem eigenen Nixmus gebadet zerhunden und aufs fürchterlichste zerhauen im Kohlenkeller...

Die schlimmsten Mißhandlungen mußte Sollmann im Brauereihause der Nazis erdulden, wozu man ihn nach dem Überfall in seiner kurz und klein geschlagenen Wohnung geschleppt hatte.

Im Gegentwari des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Schaller, eines der schlimmsten Scherrie, der erst vor wenigen Jahren von den Kommunisten zu den Nazis übergetreten war, ist man Sollmann unbeschreibliche Grausamkeiten an. Er wurde ganz nach italienischem Muster gezwungen, Nixmusöl zu trinken. Man stieß ihn, schlug ihn, bearbeitete ihn mit Nähten und Stiefelablägen, so daß er hin und her taumelt und von einer Ohnmacht in die andere fällt.

Dabei muß man wissen, daß Sollmann, ein Mann von annähernd 53 Jahren, schmal und schwächlich ist, und nur durch äußerste Willensanstrengung in der Lage ist, seine umfangreiche rednerische Tätigkeit auszuüben. Er ist herzleidend und lebt als strenger Abstinenzler ganz asketisch. Die Schimpfworte und Drohungen der Nationalsozialisten, die ihm während der Mißhandlungen entgegengeschleudert wurden, lassen sich kaum beschreiben. Es ist ein Wunder, daß Sollmann dem Tode entran. Wie wir schon

Herr Göring ließ von seinem Plan erst ab, nachdem der Reichsminister von Neurath für den Fall einer weiteren außenpolitischen Betätigung des Herrn Göring seinen Rücktritt androhte.

Katholischer Geistlicher in Berlin mißhandelt.

Berlin, 15. März. (Eigenbericht.) Auf einer der belebtesten Straßen Berlins wurde heute ohne jeden äußeren Anlaß ein katholischer Geistlicher von SA-Weiten überfallen und schwer verletzt; er mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. — Dem Geistlichen wurde Schutzhaft angedroht, für den Fall, daß er über den Vorgang nicht völliges Stillschweigen wahren sollte; der deutschen Presse wurde untersagt, bei Androhung eines längeren Verbots, über die Angelegenheit zu berichten.

Breslau, 15. März. Auf die Dienstwohnung eines katholischen Geistlichen wurde in der Nacht zum 15. März ein Dynamitanschlag verübt; das Haus ist schwer beschädigt, verletzt wurde niemand. Die Täter sind „unbekannt entkommen“, nachdem das durch den Geistlichen telefonisch herbeigerufene Ueberfallkommando der Polizei erst rund zwei Stunden nach dem Attentat eintraf.

Anschläge gegen Warenhäuser

Berlin, 15. März. Aus verschiedenen Teilen Deutschlands treffen Meldungen ein über Anschläge gegen Warenhäuser. Die SA-Kolonnen, die sich bisher im wesentlichen darauf beschränkt hatten, durch Sprechdüse vor dem Betreten der Warenhäuser zu warnen, gehen nunmehr zu Gewaltaktionen gegen Schaufenster und Auslagen über. Die Polizei steht diesem Treiben machtlos und passiv gegenüber. Der Hitterische Erlass, der Ruhe und Ordnung fordert, wird von keinem Nationalsozialisten ernst genommen.

Mißhandlungen Sollmanns.

kurz berichteten, sollte er am anderen Tage mißlich einer großen Rundgebung der Nazis auf dem Neumarkt mit dem Prinzen Kuwi als Redner an den Pranger gestellt werden. Das „Volk“ sollte dann seinen Urteilspruch über ihn fällen.

Mit dem Reichstagsabgeordneten Schaller war auch der nationalsozialistische Stadtverzeerer Edel Feuge der Mißhandlungen Sollmanns. Dieser Mann ist der Vertreter der Nationalsozialisten in kulturpolitischen Fragen und führt andauernd Protesten von der Reinerhaltung deutscher Dittie im Mund. Es hindert ihn nicht, grinsend zuzusehen, wie ein wehrloser Mann, der für Deutschlands Einheit zu einer Zeit das Beste hergab, als Edel noch in kurzen Höschen herumließ, unter dem Hohngelächter viehtischer Burischen geprügelt wurde.

Nicht weniger schlimm erging es dem Genossen Hugo Esserich. Er wurde in bewußtlosem Zustande, nachdem man ihn gleichfalls aus dem Kohlenkeller des Brauereihauses herausgeholt hatte, in das Gefängnis eingeliefert. Schon zuherlich war sein Zustand furchtbar. Seine schlimmste Wunde ist jedoch ein tiefer Messerstich in den Rücken, der am Donnerstag in den Abendstunden von den Ärzten genäht wurde.

Um die Einheit des Reichs!

Was das Saarland sagt.

Saarbrücken. Die Nachricht, daß die Zentrale des reichsdeutschen Bergarbeiterverbandes in Bochum von den SA-Weiten befehlt und gestört wurde und daß man die leitenden Funktionäre des Bergarbeiterverbandes, darunter den Reichstagsabgeordneten Husemann, verhaftet und verschleppt hat, löste unter den Bergarbeitern des Saargebietes gewaltige Erregung aus. Die Saar-Bergarbeiter sind in dem Bergarbeiterverband organisiert, dem der Reichstagsabgeordnete Husemann vorstand.

Das Blatt der saarländischen Arbeiterschaft, die „Volksstimme“, schreibt zu den Vorgängen in Bochum:

„Es fehlen uns die Worte, um im Namen der Saarbergarbeiterschaft jener grenzenlosen Empörung und allertiefsten Verachtung über diese verruchte Grueuelat an dem Eigentum auch unserer saardeutschen Bergarbeiterschaft und an dem ihnen kostbaren und teuren Leben ihrer Führer Ausdruck zu geben. Aber eines versprechen wir diesen Mördern, Brandstiftern, Straßenträgern und Schwerverbrechern Hitlers: Auge um Auge, Zahn um Zahn, — auf jeden Schelm anderthalb! Es kommt der Tag und die Stunde, wo wir heimzahlen werden und an deren Heimzahlen, als am 9. November 1918! Jeder Tropfen und kostbaren Blutes und jeder sauer verdiente Pfennig muß uns ausgewogen werden. Das soll ein Schwur sein! Und im übrigen: Niemals Hitler-Terror über die Saar!“

Kulturbild aus Kiel.

Kiel, 14. März. (Eig. Draht.) Einer der Mörder des sozialdemokratischen Rechtsanwaltes Spiegel trug, wie jetzt festgestellt ist, SA-Uniform. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wurden von der Morbid durch maschinengeschriebene Handzettel in Kenntnis gesetzt. Darauf besetzte Polizei und SA das Gewerkschaftshaus und nahm mehrere Führer der Eisernen Front in Schutzhaft. Die SA hielt am Gewerkschaftshaus eine Hafenzugsabnahme. Eine Mitgliederoversammlung der Sozialdemokratischen Partei ist von der Polizei verboten worden.

Nach einer Mitteilung des Konsumvereins von Kiel und Umgebung sind in dessen Verkaufsläden in den letzten Tagen 21 Schaufensterläden eingeworfen worden.

Weitere Verhaftungen in Moskau.

Zowjetbotschafter im Londoner Außenministerium.

Moskau, 16. März. (M.R.) Nach einer Meldung des sowjetrussischen Radiobüros wurden außer den in dem amtlichen Bericht des politischen Departements angeführten Personen acht Angestellte der Moskauer Filiale der Firma Metropolitan Biders, darunter sechs Frauen, verhaftet. Auch diese Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Sabotageaffäre sowjetrussischer Elektrizitätswerke.

London, 16. März. (Neuer.) Das Foreign office teilt mit, daß der Zowjetbotschafter in London heute vormittags dem britischen Unterstaatssekretär im Außenministerium Bonastarr zum Zweck einer Unterredung über die Verhaftung der britischen Ingenieure in Moskau aufsuchte. Der Unterstaatssekretär teilte dem Zowjetbotschafter mit, daß die britische Regierung die Situation, die durch die Verhaftung britischen Staatsangehörigen in Moskau geschaffen wurde, als sehr ernst ansieht.

Die Krise in Amerika.

Kürzungen der Renten und Gehälter.

Washington, 16. März. Nach mehrtägigen Beratungen hat der Senat gestern abends mit 62 gegen 13 Stimmen die Sparvorlagen Roosevelts angenommen. Der Präsident erhält die Vollmacht, die Renten der Veteranen zu kürzen und die der Militärkriegsbediensteten zu streichen sowie die Gehälter von Armee- und Marineoffizieren und die aller Zivilbeamten bis um 15 Prozent herabzusetzen. Im Budget wird auf diese Weise etwa eine halbe Milliarde Dollar Ersparnisse erzielt werden.

Heute haben einige tausend Banken in den Vereinigten Staaten ihre Schalter geöffnet. Im Distrikt der New Yorker Federal-Reservebank allein haben 500 Banken ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Wieder zwei Bankiers verhaftet.

Der Präsident der Gesellschaft „Arcadia Trust Company of New York“ Peter Sleight und sein Sohn George wurden im Staate New York verhaftet.

Japanischer Vormarsch.

Tokio, 16. März. (Neuer.) Die Japaner besetzen die Stadt Jufelaj, südwestlich von Sifenkau.

Niemals Hitler-Terror über der Saar! Das ist ein deutlicher Ruf, hinter dem nicht nur die in den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterschaft des Saarlandes, sondern auch die christliche Arbeiterschaft steht.

Im Jahre 1933 hat das Saarland nach dem Verfaller Vertrag darüber abzustimmen, ob es zu Deutschland zurück oder in französischer Verwaltung bleiben will. Die saarländische Arbeiterschaft war bisher der Träger des Gedankens der Wiedervereinigung mit dem Reich; sie kämpfte mit aller Leidenschaft um die Wiederherstellung der Oberhoheit Deutschlands im Saargebiet. Sie und die christliche Bevölkerung an der Saar bilden fünf Sechstel der gesamten Einwohnerchaft des Saargebietes.

Eine überwältigende Mehrheit von Novemberverbrechern“, denen das Reich die Vertugungslosigkeit der französischen Propaganda verbannt, wofür ihre Brüder dort, wo die Kasse die Polizeigewalt haben, geschlagen, gefoltert und gemordet werden!

Vor kurzem hat die gesamte Presse des Saargebietes die Anwesenheit des Herrn von Papen demonstrativ negiert. Ein Deutschland, das ein einziger Kerker ist, wird auf die Saarbevölkerung noch ganz andere Wirkung haben. Es geht um die Einheit des Reichs! Nur ein demokratisches Deutschland wird die Liebe der Saarbevölkerung behalten. Sie würde, wenn sie zu wählen haben sollte zwischen dem Kerker und der Freiheit des deutschen Wortes und deutscher Kultur außerhalb des Bereichs der Hafenzugsbänner, wissen, was sie zu tun hat.

Herr Keibl besudelt die Arbeitslosen

— und nimmt die Mordbanditen in Schutz.

Wie sehr heute die Arbeiterklasse überall in die Verteidigung gedrängt ist, zeigt leider am deutlichsten die stets wachsende Anzahl der Gegner — nicht nur der wirklich harten Gegner, sondern auch der kleinen und kleinsten Räder, die ihre winzige Kleinheit durch um so größere Geflässe und Gedelsetz zu tarnen suchen. Was sich da in der gestrigen Budgetdebatte Herr Dr. Keibl, Vertreter der deutschnationalen Arbeiterpartei, an Angriffen auf das angebliche „Wohlleben“ der Arbeitslosen geleistet hat, übersteigt wirklich schon alle Grenzen außer jenen, die der borniertesten Dummheit oder der abgefeimtesten Verleumdung gezogen sind. Aus dieser Rede nur eine Kostprobe:

„...Zunahme schon hat die Arbeitslosigkeit gedauert, als daß nicht der Arbeiter auch in seinem Arbeitswillen geschädigt worden wäre. Es ist heute keine Ausnahme mehr, daß einige Leute sogar schon von Beruf arbeitslos sind und gar kein Interesse mehr zeigen, in den richtigen Prozeß der Produktion, der Arbeit und der Wirtschaft eingeführt zu werden. Es gibt eine ganze Menge von Leuten, die sich bei diesen vielen Arten von Unterführungen sehr wohl befinden und nichts schändlicher wünschen, als daß es in diesem Tempo so weitergeht. Es ist das ganz ähnlich wie im Kriege, wo es auch eine Menge Menschen gab, die nur den einen Wunsch hatten, daß der Krieg möglichst lange dauern möge.“

Darauf kann man nur eines erwidern: Entweder glaubt Herr Keibl diesen Wohl wirklich, dann ist er zeitlich Kosmanow, oder er hat da nur auf höheren Befehl das vorgebetet, was ihm irgendein Industriellersekretär aufgeschrieben hat, dann ist er der abgebrühteste Kapitalistenknecht auf Gottes Erdboden, ein Mensch, dem rein schon vor gar nichts mehr graut! Weiß denn dieser Mensch, freud und wirklich nicht, wie groß allerhöchstens die gewerkschaftliche Unterstützung ist und wie lange man sie bekommt, und weiß er nicht, daß der allerschwerste Teil der Arbeitslosen nur auf die Erntearbeiter angewiesen ist, die für eine ganze Familie auf 30 Kronen die Woche kassieren?

Nur eine Woche lang sollte man diesen famosen Herrn einmal von diesen „vielen Arten von Unterführungen“ zu leben zwingen, die einem Arbeitslosen blühen, und er würde wahrscheinlich sein Mundwerk so bald nicht mehr aufspannen!

Und was waren denn das für Leute, Herr Keibl, denen der Krieg nicht lange genug dauern konnte? Unseres Wissens nach doch nur die Fabrikanten, die an den Lieferungen unsummen verdienen und die dann leicht die davorsten alldeutschen und sonstigen nationalen Parteien ausbilden konnten, die durch die Propagierung maßloser Kriegsziele jeden Friedensschluß auf halbwegs vernünftiger Basis glücklich so lange verhinderten, bis der völlige Zusammenbruch kommen mußte!

Aber Herr Keibl hat ja wohl nur die „Unterstützungswörter“ gemeint und damit seiner ersten gemeinen Beschimpfung der Arbeitslosen eine nicht minder gemeine Beleidigung jener Proletarierinnen hinzugefügt, die sich unter den größten Entbehrungen durch lange Kriegsjahre buchstäblich durchhängern mußten, wenn sie nicht ein Hungerrottem hinweggriffen.

Daß heute ein Parlamentarier, der auch ein Arbeiterstimmen für seine Fabrikantenpartei kauft, sich eine derartige Sprache erlauben kann, zeigt leider nur zu deutlich, wie weit wir bereits gekommen sind. Die ganze deutschnationale Partei geht ja nur mehr auf Fabrikantenknechten, und daß sie bei den nächsten Wahlen ganz von den Nazis aufgefressen wird, die sie einst arochgezogen hat, ist ja nur allzu wahrscheinlich.

Das hinderte Herrn Keibl aber nicht, namens seiner Partei auch zu protestieren gegen die Beschimpfungen des deutschen Reichspräsidenten und der Reichsregierung seitens der tschechischen Presse und der marxistischen Parteien, insbesondere aber gegen die jüngste Rede des Senators Reicherz.

Also wieder einer, der den organisierten Arbeitermord, Raub und Diebstahl an Arbeitergeheimnis, die Suspension aller bürgerlichen Freiheiten für selbstverständlich ansieht, ja bearrückt und sich noch moralisch entrüstet, wenn man die Mordbanditen, die für das alles verantwortlich sind, beim wahren Namen nennt!

Nur so weiter! Der Tag wird bald kommen, wo auch die letzten Reste der deutschnationalen Partei hier wie drüben im Reich von den Sakenkreuzern aufgefressen sein werden. Dieses Schicksal haben die Herren vom Schlag Keibels ebenfalls verdient, wie drüben Herr von Papen, der sich ja auch schon an den Rinsaren abgeben kann, wenn auch er in die „Schubstocher“ der Riesebrunnen Nazi-Diktatoren wandern wird!

Die Mörder freigelassen!

Berlin, 15. März. Das Wolff-Büro meldet: Wie wir erfahren, sind die wegen Tötung eines kommunistischen polnischen Juristen am 22. August 1932 vom Sondergericht in Preußen im Botemba-Prozeß verurteilten fünf Nationalsozialisten am Mittwoch auf Veranlassung des Reichsjustiziers Adolf Hitler freigelassen worden.

Anleihe angenommen.

Prag, 16. März. Die Debatte über die Investitionsanleihe und die Kuponssteuer brachte im Laufe des heutigen Tages dreizehn Redner auf die Parlamentariertribüne. Im Laufe des Tages kam es im Seidenerschuß zu neuen Verhandlungen, die in der Schlußabstimmung weitere Änderungen an der Vorlage zur Folge hatten.

Bei der Investitionsanleihe wurde die Amnestie für Steuerhinterziehung (§ 8) im Falle der Zeichnung von Arbeitsanleihe auch auf allfällige Zinsrückstellungen erstreckt und im § 3 die Zinsrückstellungen, die für Investitionsprojekte der Selbstverwaltungskörper im Anschluß an die Anleihe erforderlich sein sollte, auf eine Zweidrittelmehrheit reduziert.

Bei der Kuponssteuer wurden die beiden ersten Paragraphen neu gefaßt. Der Steuer sollen

Wer hetzt am meisten gegen die Arbeitslosen?

Genosse Kremser an die Adresse der Unternehmervertreter.

Von sozialistischer Seite sprachen Genosse Kocás, Dr. Patejdl (tsch. Nat.-Soz.), und als letzter Redner Genosse Kremser, der sich u. a. mit den Angriffen befaßte, die namentlich Abg. Keibl in der Debatte gegen die Arbeitslosen gerichtet hatte.

Kremser zitierte den von uns an anderer Stelle kritisierten Ausspruch Keibls und hielt ihm vor, daß der Vergleich mit dem Krieg aber schon sehr hinter:

die Leute, die an der Verlängerung des Krieges ein Interesse hatten, das sind gerade dieselben, die am meisten über die Arbeitslosigkeit zu schimpfen haben und die die Arbeitslosen am meisten herabsetzen.

Dem Hlinka-Mann Sitowal, dessen Angriff auf die „Korruption“ im Fürsorgeministerium wir gestern schon verzeichnet haben, hielt Genosse Kremser vor, daß gerade die slowakische Volkspartei am wenigsten Veranlassung hat, von der Korruption anderer zu reden. Wenn die tschechoslowakische, erklärte Genosse Kremser unter lauter Zustimmung, in der vergangenen Zeit lauter Minister mit solch lauterem Charakter gehabt hätte wie Dr. Cech es ist, so hätten wir uns viele Skandalaffären erspart!

Bei unseren Gegnern ist es nur der Haß gegen die Arbeiterklasse und gegen die Arbeiter überhaupt, der sie ununterbrochen dazu treibt, am Fürsorgeministerium irgendetwas anzusehen, weil jetzt ein Mann dort sitzt, der mit wirklich ehelichem Vertrauen sein ganzes Können darauf konzentriert, den Arbeitslosen zu helfen und sie in ihrer Not zu unterstützen. Einen sachlichen Anlaß zu irgendeiner Kritik haben die Herrschaften jedoch nicht!

In den Vorlesungen selbst erklärte Genosse Kremser, daß die Ausschreibung einer Investitionsanleihe eine alte Forderung unserer Partei ist. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Investitionen auf die einzelnen Gebiete je nach der Größe der Arbeitslosigkeit entsprechend aufgeteilt werden. Die Anleihe würde ihren Zweck verfehlen, wenn nicht dort Arbeit beschafft würde, wo die größte Arbeitslosigkeit herrscht.

Der Motivbericht kündigt in erster Linie Arbeiten an, bei denen der Koeffizient hoch ist, also Straßenbauarbeiten und Erdarbeiten. Dabei müssen wir verlangen, daß auch das nordböhmische Gebiet entsprechend Berücksichtigung findet, denn dort hatten eine Reihe wichtiger Straßenbauarbeiten der Durchführung!

Diesem, die am meisten gegen die Arbeitslosen zu Felde ziehen und an dem Unterstützungswesen und an der Ernährungsaktion die schärfste Kritik üben, sind aber gleichzeitig auch die größten Gegner der Vorlagen, die das Fürsorgeministerium seit geraumer Zeit zur Regelung des Arbeitsmarktes und zur Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden durchzuführen sucht.

Es ist zu fordern, daß bei den geplanten Investitionsarbeiten unbedingt die tschechische Arbeitswoche eingeführt werde, damit ein möglichst großer Kreis von Arbeitslosen dadurch wieder Beschäftigung und Verdienst findet!

Wie ganz anders man dagegen von bürgerlicher Seite die Herrschaften behandelt, die dem Staat in dieser Zeit die Steuern verweigern, zeigt Genosse Kremser an den Bestimmungen über die Steueramnestie auf.

Für die Steuerdefraudanten und diejenigen, die die Steuer nur deshalb schuldig bleiben, weil sie später mit ihrer gänzlichen Abschreibung rechnen, wäre die Arbeitsdienstpflicht eine wohlthätige Einrichtungs!

Die mühten nur einmal selbst am den Lohn eines Hilfsarbeiters auf der Straße ihre Steuerrückstände abarbeiten. Die Herren würden dann auch nicht mehr an dem bürgerlichen Unternehmungen, daß die Arbeitslosen bekommen, so Kritik üben.

Gerade in jenen Kreisen, die dem Staat die Steuern schuldig bleiben, finden sich die größten Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Sie sollten aber einmal versuchen, selbst mit der Arbeitslosenunterstützung ein halbes Jahr auszukommen!

Dabei muß man ja immer wieder betonen, daß es gerade die tschechoslowakische Industrie ist, die heute nicht einen Heller zur Arbeitslosenunterstützung beigetragen hat und die sich dagegen mit allen Mitteln wehrt.

In Deutschland, Österreich und vielen anderen Staaten müssen die Unternehmer längst zur Arbeitslosenunterstützung beitragen. Nur das tschechoslowakische Unternehmertum bildet eine Ausnahme!

Dafür ist die Angriffsfront dieser Kreise gegen die Arbeitslosen am so größer!

3000 Kronen wöchentlich für die Erntearbeiter ist diesen Leuten bereits zu viel, und gar erst

dennoch nur diejenigen Zinsen der inneren Staatsanleihe unterliegen, die auf gefälligen Ermäßigungen aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1933 basieren, während nach § 2 von der Steuer ausgenommen sind die Zinsen der nach dem Gesetz 338/1921 sowie der nach dem 31. Dezember 1932 ausgegebenen Staatsanleihe. Die Kuponssteuer bezieht sich also nicht auf spätere Staatsanleihen; es war daher auch überflüssig, noch besonders die Arbeitsanleihe davon auszunehmen.

In dieser Form wurde dann die Vorlage gegen 8 Uhr abends in beiden Lesungen angenommen und auch das letzte Exposé des Finanzministers genehmigt. Für die Investitionsanleihe votierten auch die deutschen Nationalsozialisten, die zur Begründung dieser ungewöhnlichen Stellungnahme Herrn Geyer in die Debatte geschickt hatten.

Benachteiligung Böhmens beim Ausbau der Bezirksstraßen.

Prag, 16. März. In der böhmischen Landesvertretung berichtete heute im Namen des Landesauschusses L. A. B. Erba über die Schwierigkeiten, welchen die Vertreter des Landes Böhmen im Straßenbau begegnen.

Aus den Geldern des Straßenschatzes werden jährlich ungefähr 19 Millionen Kronen den Ländern zum Ausbau der nichtstaatlichen Straßen nach einem vom Arbeitsministerium erdachten Schlüssel aufgeteilt. Nunmehr beschloß jedoch der Beirat, in den nächsten fünf Jahren 20 Prozent des Gesamtbudgets vorweg dem Lande Mähren-Schlesien zugewiesen und erst den Restbetrag wie bisher aufzuteilen. Für das Land Böhmen bedeutet dies eine Befürzung um jährlich 12 Millionen, in der fünfjährigen Periode also um 60 Millionen Kronen.

Dem Protest, welchen die Vertreter des böhmischen Landesauschusses im Straßenschatz gegen die Benachteiligung der nichtstaatlichen Straßen in Böhmen erhoben haben, schloß sich die Landesvertretung einstimmig ohne Debatte an.

In dem Bericht des Landesfinanzreferenten über die Anleihenwirtschaft des Landes Böhmen ergriff das Wort Genosse Dr. Strauch. Er legte dar, daß die Schwierigkeiten der Finanzwirtschaft des Landes ihren Grund darin haben, daß infolge der Krise die Einnahmen sinken, während die Ausgaben steigen, da auch das Land Böhmen als öffentliche Körperschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alles tun müsse, was in der Kraft des Landes stehe. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die produktive Arbeitslosenförderung in weitestem Maße ausgebaut werde, denn die Arbeitslosigkeit selbst verlangt über Arbeit als Unterstützung. Zur Durchführung größerer Investitionsarbeiten aber braucht man Geld, das nicht aus den ordentlichen Einnahmen des Landes, sondern nur im Anleihenwege beschafft werden könne. Es ist sehr zu bedauern, daß das Finanzministerium dem Lande Böhmen nicht gestattet habe, wie es dem Willen der Landesvertretung entsprochen hat, eine Anleihe von 100 Millionen, sondern nur von 50 Millionen

Hilferbanditen schießen in Nordböhmen.

Sächsische Hakenkreuzler überfallen in Katharinaberg Sozialdemokraten und verletzen einen Genossen schwer.

Prag, 16. März. (Eigenbericht.) Aus Katharinaberg kommt die empörende Meldung, daß die reichsdeutschen Sakenkreuzbanden ihre Tätigkeit auch in Nordböhmen beginnen. Am Mittwoch, gegen 10 Uhr Abend, überschritten vier Sakenkreuzler die Grenze und unternahmen einen Streifzug nach Katharinaberg. Sie suchten dort den in die tschechoslowakische gestrichelten Kreisgenossen Pittig und seine Frau. Bei dem Gasthof „Adler“, wo die Genossen wohnen, stellten sich zwei Sakenkreuzler auf, um Pittig auszulauern. Der vorbeigehende Genosse Albin Schmider wurde von der Bande überfallen und durch zwei Schüsse schwer verletzt.

Die Sakenkreuzler irren sich, wenn sie glauben, daß sie ihre Mordmethoden nach Nordböhmen verpflanzen können. Sie werden erkennen müssen, daß die Arbeiterschaft Gleiches mit Gleichem vergelten wird!

Der Landespräsident besichtigt die Meldung.

Als der Überfall in Katharinaberg in der eben tagenden böhmischen Landesvertretung bekannt wurde, stellte im Namen der beiden sozialdemokratischen Klubs Genosse Gladky an den Landespräsidenten die Anfrage, ob ihm die Ereignisse in Katharinaberg bekannt seien und welche Vorkehrungen er treffen wolle, um die

Vom Rundfunk

Protell der Musiker beim Radiojournal.

Auf Grund verschiedener Zeitungsnachrichten über einen beabsichtigten Antrag auf Auflösung des Orchesters bei der Prager Sendestation erklärt die Organisation der Musiker, daß sie gegen jeden derartigen Versuch mit aller Entschiedenheit Stellung nimmt, weil zu solchen Maßnahmen kein Anlaß besteht.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag:

Prag: 6.15: Gymnastik, 11: Schallplatten, 15.30: Jugendliteratur, 18.25: Deutsche Sendung, Schellner: Richard Wagner und Prag, 19.25: Mit und neue Märche, 20.30: Unter Abend, 21: Heitere Stunde. — Brünn: 12.30: Arbeiterkonzert, 18.15: Deutsche Sendung: Goethe und Duden für die Jugend. — Berlin: 18.30: Brohm-Viertel, 20: „Der fidele Bauer“, Operette von Hall. — Rühlader: 16.30: Zithermusik. — Leipzig: 20: Der Vogelbändler, Operette von Jeller. — München: 20: „Böhmisches Musikanten“, Singpiel von Erba. — Wien: 21: Weber: Messe G-Dur.

Kronen anzunehmen. Würde es eine freie Finanzwirtschaft des Landes Böhmen geben, hätte diese Anleihe schon im vorigen Herbst aufgenommen werden können und es hätte schon damals viel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen können. Es hat sich da wieder gezeigt, daß nur eine wirkliche autonome Finanzwirtschaft des Landes dem Lande und der Landesvertretung die Erfüllung ihrer großen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben möglich machen kann.

Nach der an anderer Stelle verzeichneten Antwort des Landespräsidenten auf die Interpellation wegen des Nordüberfalles in Katharinaberg wurden die restlichen Punkte der Tagesordnung erledigt und die Session geschlossen.

Die „Bohemia“ wird bereits von Hitler gelobt!

Anerkennung im Rundfunk.

Ein Freund unseres Blattes macht uns darauf aufmerksam, daß am Dienstag den 14. d. in der siebenten Abendstunde ein nationalsozialistischer Redakteur im Deutschland-Sender einen Vortrag hielt, in dem er in einem Atem mit der Rennung des „Böhmischen Beobachters“ und anderer nationalsozialistischer Parteiblätter auch die „Bohemia“ nannte und zitierte, und zwar ob ihrer „gemäßigten Tendenz“, die eben an diesem „gemäßigt demokratischen“ Blatt besonders zu loben sei.

Also haben wir, als wir schon vor Wochen von „Hitlers Bohemia“ sprachen, in noch weiterem Sinne das Rechte getroffen, als wir selber angenommen hatten. Nun hat's also der alte Scherben so weit gebracht, daß sein Lob auf den Deutschlandwellen des Föschismus gesungen und gelassen wird! Das ist auch kein Wunder, denn wie sollten die Hitler, Göring, Frick und Göbbels nicht über jede einzelne Nummer der „Bohemia“ entzückt sein?! Vielleicht wird es die Herren Überschriftler in der Prager Litzengasse ein wenig verdrücken, daß sie der Nazi-Redakteur vor aller Welt, wenn auch als gemäßigte, so doch immer noch als Demokraten bezeichnete, da sie es doch sichtlich darauf angelegt haben, das volle Vertrauen der Mordbanditen zu erringen. Aber das wird schon noch kommen! Das Lob im Rundfunk wird sie vielleicht anspornen, erst recht auf dem eingeschlagenen Wege in die Höllen des Dritten Reichs fortzuschreiten und dabei wird sich der Rest „gemäßigt demokratischer“, wie ihn die Nazi-Redakteure noch vom Sörenhagen bei der „Bohemia“ vermuten, un schwer abschleifen.

Hilferbanditen schießen in Nordböhmen.

Sächsische Hakenkreuzler überfallen in Katharinaberg Sozialdemokraten und verletzen einen Genossen schwer.

Prag, 16. März. (Eigenbericht.) Aus Katharinaberg kommt die empörende Meldung, daß die reichsdeutschen Sakenkreuzbanden ihre Tätigkeit auch in Nordböhmen beginnen. Am Mittwoch, gegen 10 Uhr Abend, überschritten vier Sakenkreuzler die Grenze und unternahmen einen Streifzug nach Katharinaberg. Sie suchten dort den in die tschechoslowakische gestrichelten Kreisgenossen Pittig und seine Frau. Bei dem Gasthof „Adler“, wo die Genossen wohnen, stellten sich zwei Sakenkreuzler auf, um Pittig auszulauern. Der vorbeigehende Genosse Albin Schmider wurde von der Bande überfallen und durch zwei Schüsse schwer verletzt.

Die Sakenkreuzler irren sich, wenn sie glauben, daß sie ihre Mordmethoden nach Nordböhmen verpflanzen können. Sie werden erkennen müssen, daß die Arbeiterschaft Gleiches mit Gleichem vergelten wird!

Der Landespräsident besichtigt die Meldung.

Als der Überfall in Katharinaberg in der eben tagenden böhmischen Landesvertretung bekannt wurde, stellte im Namen der beiden sozialdemokratischen Klubs Genosse Gladky an den Landespräsidenten die Anfrage, ob ihm die Ereignisse in Katharinaberg bekannt seien und welche Vorkehrungen er treffen wolle, um die Einbrüche der Hilferbanden auf tschechoslowakisches Gebiet zu verhindern.

Landespräsident Dr. Sobotta teilte in seiner Antwort mit, daß nach den ihm vorliegenden Informationen der Überfall mit dem Übertritt zweier Familien reichsdeutscher Sozialdemokraten in die tschechoslowakische zusammenhänge. Die Untersuchung durch die Gendarmerie sei zur Zeit (Donnerstag Vormittag) noch nicht abgeschlossen. Wenn es notwendig werden sollte, würden die Maßnahmen zur Verhinderung des Eindringens bewaffneter Truppen verschärft werden.

An die in der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei vereinigten Gewerbetreibenden und Kaufleute.

Gewerbetreibende und Kaufleute!

Die gegenwärtigen Verhältnisse, die furchtbare, durch Jahre schon andauernde Wirtschaftskrise hat nun gezeigt, wie eng wir verknüpft sind mit dem Schicksal der breiten Masse. Die Arbeitslosigkeit der Massen macht uns Gewerbetreibende ohne Beschäftigung, wir stehen in unseren Werkstätten ohne Arbeit und sind schutzlos den Auswirkungen der Krise ausgeliefert. Wir hatten nie vorgesorgt für schlechte Zeiten, für unvorhergesehene Fälle. Wir haben keine geregelte Krankenversicherung. Wir haben keinen gesicherten Lebensabend und stehen vor der bangen Frage, was geschieht mit uns, wenn wir alt geworden.

Dazu kommen noch die Steuern, die uns Gewerbetreibende drücken. Mancher Gewerbetreibende steht vor dem Ruin.

Infolenzen und Konkurse sind auf der Tagesordnung.

Soll dies so weitergehen? Nein! Der Verband der Gewerbetreibenden und Kaufleute hat es sich zur Aufgabe gemacht, für eine Besserstellung der Gewerbetreibenden und Kaufleute einzustehen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Gewerbetreibenden und Kaufleute mit ihrer Vergangenheit brechen und neue Wege gehen.

Stetig wächst unser Verband, stetig schreiben wir vorwärts, aber das genügt nicht; wir müssen planmäßig alle, die zu uns gehören, erfassen und unseren Verband zu einem Machtfaktor gestalten, um uns fähig zu machen, mit Hilfe der breiten Masse unser Schicksal selbst in die Hände zu nehmen.

Nicht vom sogenannten „Standesbewußtsein“ sollen wir uns leiten lassen, wie uns jene lehrten, denen wir Jahrzehnte Gefolgschaft geleistet hatten.

Wir sind nichts anderes als Arbeiter mit eigenem Wertzeuge, und unterliegen genau wie jeder andere Arbeiter den wirtschaftlichen Schwankungen.

Deshalb, Gewerbetreibende und Kaufleute, schließt Euch in unserem Verbande zusammen, gliedert Euch ein als Kämpfer für bessere Verhältnisse.

Gemeinsames Schaffen, gemeinsamer Kampf wird uns Erfolg bringen.

Jene Gewerbetreibende und Kaufleute, die Mitglieder der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind, ersuchen wir um Bekanntheit ihrer Adresse.

Verband der Gewerbetreibenden und Kaufleute in der DSA.,
Sitz Ruffig.

Anmeldungen und Anfragen an den Verband der Gewerbetreibenden und Kaufleute, Sekretariat Soaz, Nikolaigasse 232.

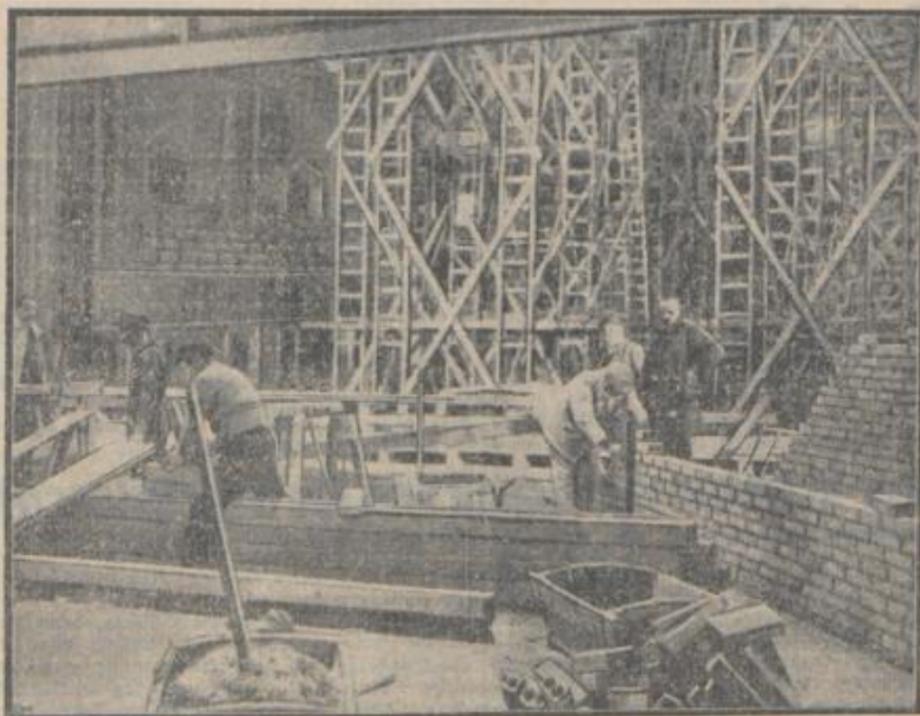
Vorübergehende Einstellung des Zahlungsdienstes

bei der Zentralbank deutscher Sparkassen.

Zufolge der starken Inanspruchnahme durch die Volksgeldanstalten und zwecks technischer Vorbereitung der Ueberleitung in die von der Regierung vorgegebene Geldzentrale der Sparkassen hat sich die Zentralbank der deutschen Sparkassen in der Tschechoslowakischen Republik veranlaßt gesehen, vorübergehend ihren Zahlungsdienst einzustellen. In diesem Zwecke wird ihr im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen das angelegte Moratorium bewilligt.

Hierzu erfahren wir noch folgendes: Wie bekannt, ist die Bildung von Sparkapital durch die allgemeine Wirtschaftskrise fast vollständig unterbunden, und zwar ist dies insbesondere in den Randgebieten unseres Staates der Fall, wodurch sich ein starkes Bedürfnis nach Bargeld bei den Volksgeldanstalten geltend machte. Die Zentralbank hat infolgedessen von Beginn der rückläufigen Einlagenbewegung bei den Sparanstalten Guthabungen von über 300 Millionen Ks flüssig machen müssen. Diese an und für sich große Belastungsprobe konnte nur durch ein einträchtiges Zusammenwirken aller maßgebenden Kreise und insbesondere der Sparkassen selbst bestanden werden. Ueberdies ist in den letzten Tagen durch die natürlich ganz unbegründete Beunruhigung bei verschiedenen Volksgeldanstalten in Nordböhmen ein außerordentlicher Geldbedarf eingetreten. Die weitere Befriedigung dieser Ansprüche stieß natürlich bei der heute gegebenen schweren Liquidierbarkeit von Aktien auf Schwierigkeiten.

Einen weiteren Anlaß für die bei der Zentralbank getroffene einstweilige Verfügung bildet der in Regierungsreisen und im Verbande der tschechoslowakischen Sparkassen gefaßte Plan der Errichtung einer Geldzentrale sämtlicher Sparkassen, die die flüssigen Mittel der Sparkassen zu verwalten hätte und auf diese Weise der Mobilität der Sparkassen die breiteste Grundlage geben würde. Was die von der Emmissionsdirektion der Zentralbank ausgegebenen Kommunal-Schuldverschreibungen und Pfandbriefe mit einem Gesamtumfang von 250 Millionen unbelangt, so werden diese durch die Maßnahmen in keiner Weise berührt.



Die Kroll-Oper wird für die Reichstags-Sitzungen umgebaut.

Die Umbauarbeiten im Theaterraum der früheren Kroll-Oper in Berlin, in dem die Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden werden, sind im vollen Gange. Unsere Aufnahme gibt einen Blick von der Bühne auf die im Bau befindliche Regierungsbank und die Präsidentensitze; rechts sieht man die Mauer, die die Zugänge für die Regierungsglieder und die Abgeordneten trennen soll.

Tagesneuigkeiten

Wieder Havarie eines Militärflugzeugs.

Prag, 16. März. (T.M.) Mittwoch um 21 Uhr 30 Minuten havarierte das Militärflugzeug A-230-18 während einer Nachtübung des 6. Fliegerregimentes in der Nähe des Zivilhangars des Prager Flugplatzes. Die Mitglieder der Besatzung, Jungführer Josef Snajdr (Pilot) und der Jungführer Josef Lomeš sprang vor der Havarie mit dem Fallschirm, der sich öffnete, ab. Der Pilot verblieb im Flugzeug, wurde jedoch nur leicht verletzt. Die Ursache der Havarie ist in einem technischen Fehler zu suchen und wird von einer Militärkommission zusammen mit den Mitgliedern des Beratungskollegiums für Flugsicherheit untersucht.

Konfusion an der Grenze.

Starke Nachfrage nach Reichsmark. — Lahmgelegter Grenzverkehr.

Aus Weipert wird uns geschrieben: Die in den letzten Wochen sowohl von reichsdeutscher als auch tschechoslowakischer Seite verstärkte Grenzbeobachtung hat in den zahlreichen nebeneinander liegenden sächsisch-böhmischen Grenzorten zu Komplikationen verschiedenster Art geführt, die ihre Krönung in der Streichung der tschechischen Krone an der deutschen Börse gefunden haben. In den meisten Grenzstädten bildete der freie Verkehr über die Grenzlinie seit Jahren gewissermaßen ein Privileg der ortsanfässigen Bevölkerung, so daß nur ein geringer Teil der Einwohner im Besitze der vorgeschriebenen Ausweise war. Mit dem Tage nun, an welchem eine strenge Ueberwachung der Grenze Platz griff, war der bisherige rege gegenseitige Verkehr so gut wie abgebrochen, eine Tatsache, die von den Geschäftsleuten diesseits und jenseits mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen wurde. Da die insgeheim gehegte Hoffnung, die Sperre würde in wenigen Tagen wieder aufgehoben und der Verkehr wie sonst freigegeben werden, sich nicht erfüllte, setzte ein wahrer Sturm nach Grenzaußen aus. In der Grenzstadt Weipert war der Ansturm der Bewerber um Grenzaußenweise in den letzten Tagen so stark, daß der beträchtliche Vorrat der vorgeschriebenen amtlichen Legitimationsstücke sehr bald vergriffen war, weshalb die Interessenten, die vielfach in den benachbarten sächsischen Ortsteilen geschäftlich zu tun haben, bis zu dem schließlich erwarteten Eintreffen neuer Druckschriften keine Gelegenheit haben, die Grenze zu überschreiten.

Dazu kam in den letzten Tagen, daß als Gegenmaßnahme der Prager handelspolitischen Absichten (Errichtung eines Sammelkontos) die tschechische Krone auf der Berliner Börse getrieben worden ist. Die Bewohner böhmischer Grenzorte, die in Sachen in kleineren Mengen einkaufen, haben bisher in tschechischer Währung bezahlt; der Kaufmann erhielt den Gegenwert dieser tschechischen Kronen von seiner Bank im Reiche bar; einstandslos in Mark umgewandelt und konnte auf seine Lieferanten mit tschechischem Gelde befriedigen. Heute liegen die Dinge so, daß der sächsische oder bayerische Grenzkaufmann für eine Ware, die ja fast ausnahmslos reichsdeutschen Ursprungs ist, zum großen Teil tschechische Kronen einnimmt, aber keine Möglichkeit hat, diese Kronen gegen Reichsmark umzutauschen. Er wird also, wenn nicht zwischen Berlin und Prag in

dieser Hinsicht eine Einigung herbeigeführt werden kann, entweder gezwungen sein, einen Teil seiner Waren dem Lieferanten bis auf weiteres schuldig zu bleiben oder die Umrechnung der ihm zur Verfügung stehenden tschechischen Gelder in eine ausländische Währung, etwa in Franken oder Schillinge, vorzunehmen und auf diesem Umweg seine Gläubiger zu befriedigen.

Bergarbeiter-Leben und -Sterben.

Oberhausen, 16. März. Ein Teil der Hauptstraße auf Schacht IV-V der Zeche „Gueordia“ ging in der vergangenen Nacht zu Bruch. Zwei Zimmerhauer gerieten unter die hereinbrechenden Gesteinsmassen. Einer der Beschäftigten wurde heute vormittags um 10 Uhr als Leiche geborgen. Der andere konnte noch nicht gefunden werden, da durch das Nachstürzen weiterer Gesteinsmassen die Rettungsarbeiten außerordentlich erschwert wurden.

Dortmund, 16. März. Auf der Zeche „Ziegenplaneten“ wurden durch Ausbrechen des Berges heute vier Arbeiter in der Strecke arbeitende Bergleute abgetrennt. Die Bergleute konnten nach zweistündiger Rettungsarbeit unverletzt geborgen werden.

39 Todesopfer eines Tornados.

Washington, 16. März. Aus Nashville im Staate Tennessee wird gemeldet, daß bereits 39 Tote als Opfer des katastrophalen Tornados zu verzeichnen sind, welcher über den Staaten Kentucky und Tennessee gewütet hatte.

Während das Volk hungert, feiern die Rabbis grandios Hochzeit . . .

Munkacs, 16. März. Die Hochzeitfeierlichkeiten im Hofe des Munkacsener Rabbiners Spiro haben gestern abends mit einer ziemlich verspätung begonnen. Sie wurden abwechselnd von dem Berliner Rabbiner Dr. Weinberger, dem Bruder der Gattin Spiros, dem Rabbiner Cabrin aus Komarow in Polen, und dem Ueberoder Oberrabbiner Rohu vorgenommen. Verstärkte Polizeibestimmungen und die Feuerwehr konnten nur mit großer Mühe unter den angelockten Massen der Anhängers Spiros die Ordnung aufrecht erhalten. Bei den Zeremonien im Hofe waren ungefähr 6000 Personen in Gefahr, erdrückt zu werden. Eine Reihe von Personen, besonders Frauen, mußte in bewußtlosem Zustande weggetragen werden. Einige Personen wurden verletzt. Auf der Straße und in der Umgebung des Anwesens Spiros nahmen ca. 13000 Personen an den Zeremonien teil. Die Braut hatte ein 500 Jahre altes, mit 500 Perlen und 10 Diamanten besetztes Stirnband, welches ein Familienschmuck der aus Rußland stammenden Frau Spiros ist. Die Hochzeitbelustigungen dauerten bis in die Morgenstunden. 43 Journalisten sind in Munkacs.

Der ermordete Gendarmenmörder noch nicht sicher identifiziert.

Brünn, 16. März. Die Gendarmerie fahndet weiter nach den Umständen, unter denen der Mann getötet wurde, der gestern früh auf der Straße bei Krumwitz gefunden wurde. Sie ist bemüht, Beweise zu erbringen, die mit absoluter Sicherheit bestätigen sollen, daß es sich tatsächlich um den Mörder der Gendarmen, Dubras, handelt. Heute früh ist in Krumwitz der zweite Bruder Dubras aus Troppau eingetroffen, der in dem Toten, der in der Leichenhalle liegt, seinen Bruder nicht agnoszieren konnte. Er erklärte, daß er seinen Bruder lange Jahre

nicht gesehen und mit ihm wenig verkehrt habe. Das Gesicht des Toten ist bereits verfallen und deformiert.

Heute vor einem Jahr, am 17. März 1932, ist unser Freund Rudolf Rüdcl gestorben. Auf dem Friedhofe in Jonegg, in seiner nordwestböhmisches Heimat, ist seine Asche beigesetzt. Aber wie lebendig ist das Andenken an Rudolf Rüdcl! Es gibt — man darf wohl die Bezeichnung wagen — in unserer Partei eine Rüdcl-Gemeinde, eine Anzahl Genossen, zu Hause in den verschiedensten sudetendeutschen Gebieten, die mit Rüdcl eng verbunden waren durch gemeinsame Hochachtung des Sozialismus vor allem als Kulturbewegung, die mit ihm verbunden waren durch gemeinsame Kulturarbeit innerhalb der Arbeiterklasse, mit ihm verbunden durch gleiche Liebe zur Natur und zur Dichtung, durch gleiche Liebe zu den Büchern. Sie alle, die Rüdcls, des proletarischen Philosophen, treue Freunde waren, arbeiten weiter in seinem Geiste. Aber in die Trauer, in die noch immer an unseren Herzen zehrende Trauer um den frühen Tod eines Eblen und Hochbegabten, will wie Trost sich die Mahnung drängen: Das Schwerste, Schmerzlichste blieb zu erleben ihm erspart: der Sieg der Faust über den deutschen Geist, des Gummistümpfels über das Buch! Rüdcl war ja einer jener Deutschen, die als marxistische „Untermenschen“ gelten, weil sie weder autoritäts-, noch gewaltgläubig sind, er glaubte um so unerschütterlicher an die Gewalt der Idee! Ja, der ehemalige Bauernknecht, der ehemalige Steinbrucharbeiter und Bergarbeiter, der sich das Wissen eines Universitätslehrers erworben hatte und schwere geistige Arbeit leisten gelernt hatte, dieser erdfeste, stämmige deutsche Prolet, der seine Klasse kannte und so vertraut war mit der Marx'schen Lehre, die so ganz Lebenslehre des Proletariats ist, — er war überzeugt von der befreienden Kraft der Idee, der proletarischen Idee, und diese Ueberzeugung, dieser stärkende Glaube, eines der Vermächtnisse unseres Freundes, mag uns begleiten durch die trüben Tage dieses trüben März — bis in die Tage des Kampfes, in dem doch die Idee siegen wird, der Geist über die Faust, das Buch über den Knüttel!

Apfelreife — Gipsabdruck — Gebißnegativ — Verhaftung. Aus Bräun wird uns gemeldet: In der Nacht auf Mittwoch wurden acht Wohnungseinträge verübt, wobei die Täter Kleider und Preziosen entwendeten. Die Sicherheitsorgane fanden in einer der ausgeraubten Wohnungen einen kleinen Apfelreife, den einer der Diebe weggeworfen hatte. Von diesem Apfelreife wurde sofort ein Gipsabdruck hergestellt, so daß man ein Gebißnegativ des Diebes erhielt. Bei der Durchsicht der Lichtbildersammlung der Brüner Kriminalpolizei lenkte sich der Verdacht der Täterschaft auf den 34jährigen Einbrecher Franz Ullmann aus Turn, der auf Grund des hergestellten Gipsnegativs überführt werden konnte. Seine Täterschaft wurde ferner dadurch erwiesen, daß einige beschriebene Fettel, die von den Tätern vor den Villen weggeworfen worden waren, die Handschrift Ullmanns trugen.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Gladbach-Kendt verurteilte den 34jährigen Josef Küttgen aus Kendt wegen vorsätzlicher und überlebensgefährlicher Tötung des 17jährigen kaufmännischen Angestellten Fritz Gultow Jansen zum Tode. Der Verurteilte hatte sich wenige Tage vor Neujahr mit Jansen angefreundet, ihn in der Nacht zum 31. Dezember betrunken gemacht und dann auf einem einsamen Wege ermordet.

Der Bund der Rentner und Reisenden Teplitz-Schönan (Nachgruppe des Allgemeinen Angestelltenverbandes Reichsberg) macht auf die Beschaffung von ermäßigten Eisenbahnbahnbilletsarten in Gültigkeit ab 1. April bis 30. September l. J. für organisierte Rentner und Reisende aufmerksam. Die Beschaffung kann nur durch die Organisation erfolgen. Auskunft erteilt bereitwillig die genannte Nachgruppe in Teplitz-Schönan, Elmhalden-Strasse 3 (Telephon 158).

Die Staatsbahndirektion in Rajshah schreibt die Lieferung von: 1. Dichtungsmaterial, 2. Fichten, 3. Textil- und Sattelmaterie, 4. Sattelmaterie, 5. Glasware für das 2. Halbjahr 1933 aus. Die detaillierte Ausschreibung und die Bedingungen werden im Amtsblatt veröffentlicht.

Mysteriöse Kollin-Selbstmorde in einem Lechner Hotel. Aus Tschechisch-Teichen wird gemeldet: Mittwoch beging der 25jährige Beamte des Hotels „Polonia“ in Tschechisch-Teichen, Stanislaus Sockacz, Selbstmord, indem er eine größere Menge von Kollin mit Rotwein zu sich nahm. Sockacz wurde ins Landeskrankenhaus nach Poln-Teichen gebracht, jedoch später auf einen Wunsch nach Karwin geschafft, wo er nachmittags an den Folgen des Giftes erlag. Es ist dies der zweite Selbstmord durch Kollin im Hotel „Polonia“ innerhalb von zehn Tagen. Am fünften März beging unter den gleichen Umständen der 34jährige Hotelportier Karl Dornel Selbstmord, indem er 80 Gramm Kollin einnahm. Die Ursache des ersten Selbstmordes ist genau in das gleiche Dunkel gehüllt wie der zweite. Demnach hatte Daniel kurz vor seinem Tode angekündigt, daß ihm noch viel Bekanntschaft in der nächsten Zeit in den Tod nachfolgen werden. Diese Prophezeiung ist gestern zum Teil wahr geworden.

PRAGER ZEITUNG.

„Heil Hitler!“ auf akademischem Boden.

Standalöse Vorgänge an der Universität.

Das Dritte Reich, das über Deutschland hereinbrochen ist, treibt die „geistig Verbündeten“, die die neuen deutschen Machthaber hierzulande haben, zu Miniaturerzessen an der Prager deutschen Universität.

Von den Ankündigungstafeln der sozialistischen Studenten werden die Plakate und Veranstaltungskolender gewaltsam entfernt. Hörings Gespräche mit dem deutschen Volk werden von den unter dem Vorwand des Studiums in Prag weilenden nationalen Randbewohnern der Republik und des Geistes räumlich und tätig verbreitet. „Marxisten“ und „Sozialisten“ sind die Bezeichnungen, zu denen sich, — freilich fast ausschließlich gegen linksgerichtete Studentinnen — die gefehrigen Radiohörer der „Reden an die deutsche Nation“ neuesten Grades die akademische Freiheit nehmen.

Gegen die Ernennung des Physiklers Růch zum ordentlichen Professor an der naturwissenschaftlichen Fakultät werden immer lauter, zwar keine physikalische aber rassistische Einwände laut und trendende Antifeminarier schenken sich zu Unverständlichkeiten an.

Se. Magnifizenz, der Rektor, der noch einem Gerücht sogar für den Bach- und Feuerwehrdienst im Kino „Capitol“ einen Universitätskommissar ernennen wollte, weil ihm die akademische Autonomie der im gleichen Gebäude untergebrachten Studententische durch die Nähe der Staatspolizei gefährdet schien, ist kaum mehr imstande, sich für die Ruhe in seinem engsten Wirkungskreise zu verbürgen. Und dies umso weniger, je mehr er zuläßt, daß ein paar unter unsauberem Geräuschen erwachende Volksgenossen akademisch bodenständig werden, einander mit dem Wortsatz „Heil Hitler!“ aus dem wissenschaftlichen Schlaf zu besseren Tönen rütteln und, nehmend alles nur in allem, unter dem Wohlwollen des wohlbestallten akademischen Flurenhüters den akademischen Boden, mit dem man eigentlich anderes vor hatte, zum Nährboden des Hakenkreuzes und damit zum akademischen Trockenboden des Geistes werden. Eine Reihe von akademischen Bürgern werden bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit bedroht; hat der Rektor nicht die Macht, sie vor den Forderungen der Studenteninteressen zu schützen, so müßten andere Instanzen eingeschaltet werden.

Gerichtssaal

Der faschistische Ergeneral.

Sajda wieder vor Gericht.

Prag, 16. März. Heute fand vor dem Senat des OGH. Kvařil wieder einmal eine Strafverhandlung gegen den Faschistenhüpfel Ergeneral Rudolf Sajda statt. Der Angeklagte hatte sich allerdings nicht eingefunden. Er ist bekanntlich in Untersuchungshaft wegen Teilnahme an dem Brünner faschistischen Katernüberfall und ein Transport zu der heutigen Prager Verhandlung war dadurch überflüssig geworden, daß Sajda sich damit einverstanden erklärt hatte, daß in seiner Abwesenheit verhandelt werde. Heute handelt es sich allerdings um geringfügigste Delikte.

Zunächst hatte Sajda in einer Weiskowitzer Versammlung im April v. a. einige faschistische Unflätigkeiten über die Demokratie loszulassen, die wir nicht wiedergehen können. Der zweite Punkt der Anklage betrifft einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, begangen durch Mißbrauch der Bestimmungen über „nicht öffentliche“ Versammlungen. Und drittens wird ihm zur Last gelegt, sich, allerdings ohne gewinnbringende Vertragsabsicht, den Titel einer Amtsperson angeeignet zu haben.

Dieser letzte Anklagepunkt hängt sich darauf, daß Sajda, während er in Panzray seine zwei Monate Kerker für den Überfall von Soyama absaß, ein Gesetz um Beseitigung von großen Arbeiten ostentativ mit „General Sajda“ unterzeichnete, obwohl er schon rechtskräftig degradiert war. Er verteidigt sich damit, daß er sich trotz seiner Degradierung als zuffischen General, bzw. General der russischen Legionen betraute. Das Gericht beschloß, die angebotenen Beweise über die Verdrängung dieser Titulaturen zuzulassen und vertagte die Verhandlung.

Im Kampf um die Vaterchaft.

Eine Verführung im Eisenbahzug und ihre Folgen.

Prag, 16. März. Die 14jährige Hausgehilfin Elisabeth K. war heute vor dem Senat des OGH. Sudoma angeklagt, in einem Vaterchaftsprüfung einen Meineid geschworen zu haben, um dem unehelichen Kind, das sie zur Welt gebracht hatte, eine Alimentation zu sichern. Das Mädchen lebt mit ihrem Kinde in der bittersten Not.

Sie hatte im Verlauf des Vaterchaftsprüfung vor dem Bezirksgericht Prag-Züd unter Eid ausgesagt, am 10. Jänner 1931 auf der Fahrt in ihre südböhmische Heimat von dem Schaffner des um 5 Uhr früh von Prag abgehenden Personenzuges...

anges in ein Gespräch verwickelt worden zu sein. Später habe sie dann der Kondukteur in ein Abteil zweiter Klasse geführt und sie dort mit Gewalt mißbraucht. Sie sei schwanger geworden und habe nach vielen vergeblichen Nachforschungen endlich durch Zufall den Kindesvater auf dem Wilschbühnhof erkannt. Es kam zu einer Reihe von Zivilklagen und strafrechtlichen Erhebungen, zunächst gegen den beschuldigten Schaffner, dann gegen sie selbst wegen Verleumdung und Meineides. Die heutige Verhandlung jepte den Schlupfunkt unter den verwickelten Fall.

Während das Mädchen mit Bestimmtheit behauptete, der künftige Tag sei ein Freitag gewesen und ihre damalige Dienstgeberin habe sie auf drei Tage zum Besuch ihrer Mutter erlaubt, erklärte die Dienstgeberin, eine gewisse Frau Fleischmann diese Aussage als unwahr, da der Freitag in jüdischen Familien der große Aufsammetag sei und sie an einem solchen die Angetragte keinesfalls beurlaubt hätte. Der beschuldigte Schaffner stellte wieder unter Beweis...

Karl-Marx-Feier

der deutschen proletarischen Organisationen in Prag

Montag, den 20. März 1933,

20 Uhr abends, im Heine-Saal in Prag-Weinberge, Fochová 25

PROGRAMM:

1. Einzug der Jugendgenossen und Genossinnen unter den Klängen der Marsellaise (Bläserchor des Neuen Deutschen Theaters)
2. Rezitation: Fritz Valk, Mitglied des Neuen Deutschen Theaters in Prag
3. Gedenkrede, gehalten von Universitäts-Professor Dr. Max Adler (Wien)
4. „Die Internationale“

Regiebeitrag 3 Kc. Jugendliche und Studenten je 1 Kc. Arbeitslose freien Eintritt. Kartenvorverkauf bei Gen. Mittenhuber (Gec. Fügnerovo 4), beim Arbeiterverein, Smečky 27, und bei Optiker Deutsch, Graben (Koruna)

daß er an dem fraglichen Tag in Begleitung seiner Frau und einer Freundin der letzteren gefahren sei. Nach allem scheint aber festzustehen, daß das unerfahrene Mädel tatsächlich auf die von ihr geschilderte Weise ins Unglück gekommen ist, aber sich einzelfalls im Datum und andererseits in der Person des Verführers geirrt hat.

Der Gerichtshof kam nicht zu der Überzeugung, daß die Angeklagte wesentlich einen Meineid geschworen habe, sondern billigte ihr guten Glauben zu. Demgemäß sprach er sie frei.

Kunst und Wissen

Brahms-Feier. Der am 7. Mai d. J. zu begehende 100. Geburtstag des großen norddeutschen Komponisten Johannes Brahms macht sich jetzt schon in den Prager Konzertsälen bemerkbar. Vor einigen Wochen hatte die Töchtersche Philharmonie ein Brahms-Gedenkkonzert veranstaltet, und vorgestern gab es im großen Saale der Produktionsbörse eine intime Brahmsfeier. Sie geht mit Recht dem Liede Johannes Brahms', das zum wertvollsten und schönsten Musikgut nicht nur Brahms' selbst, sondern der gesamten Liedliteratur überhaupt gehört. Lange haben die Konzertsängerinnen und Konzertsänger gerade das Brahms'sche Lied geliebt, weil es gefangenscheinlich in der weiten, an die Atemtechnik des Sängers die höchsten Anforderungen stellenden Melodieführung denkbar schwierig ist und hinsichtlich der Vortragsgestaltung einen Künstler von starker Persönlichkeit verlangt, die Brahms' herbe Gefühlswelt eindrucksvoll zu vermitteln vermag. Auch heute noch gehören die Brahmsliedert in Konzertsäle zu den großen Seltenheiten; vielleicht auch deswegen, weil das Brahms'sche Lied so ganz publikumstreuend, so ganz jedem äußerlichen Effekt abhold ist. Eine Brahms-Sängerin von solcher Vollkommenheit ist Emmi Leisner, die berühmte Altistin der Berliner Staatsoper, die uns vorgelesen Brahms so lang, wie er gelungen werden muß, um zu beglücken und Offenbarung zu sein; mit innerster Eingabe an das gesungene Wort, mit erfülltster Inhalts- und Ausdrucks-gestaltung und vorbildlichem gefangenscheinlichen Vortrag. Auch in der Wahl der Lieder zeigte sich Emmi Leisner als die große, geistig hochstehende Künstlerin, die aus der Liedliteratur Brahms' das Bestevolle und Seltene ausgewählt hatte. An Professor Franz Langner von der Deutschen Musikakademie hatte die Konzertsängerin einen künstlerisch gleichgearteten und immer anpassungsfähigen Begleiter am Flügel.

Konntag: Opernvorstellung zu vollstündigen Preisen: „Arlingold“. Saalbesitzer 1 und 2. In der

Mitteilungen aus dem Publikum.

Schützen Sie Ihr Eigentum gegen Einbruch und Diebstahl durch eine Alarmanlage Signalla Palaba, die vom Lichter vollkommen unabhängig und deshalb auch bei Restörungen dienstbereit ist.

Belegung der Neuenstudierung. Den Wolan singt Hans Schweska, Soubrette des Ubenauer Stadttheaters a. G. Preise 1 bis 25 K.

Spielplan der Kleinen Bühne, Freitag, 8 Uhr, Freitag, Wohlfrüchigkeitsvorstellung des Dörferröschlichen Hiltzvereins, Lustspiel Hansi Riese, halb 8 Uhr: „Katharina, die Wiberpenfuge“ (Dl). — Samstag, neuneinstündig, 7 1/2 Uhr: „Fidella“ (Al).

Spielplan der Kleinen Bühne, Freitag, 8 Uhr, Kulturverbandsstunde: „Palme“. — Samstag, 8 Uhr, neuneinstündig: „Komödie der Irrungen“.

Vorträge und Veranstaltungen

Dr. Siegfried Bernfeld spricht: Samstag, den 18. März um 8 Uhr abends im großen Uraniasaal über „Liebe und Erotik in der Freud'schen Lehre“. Karten bei Wehler und Trublat. — Samstag, den 18. März, von 5 bis 7 Uhr abends und Sonntag, den 19. März, von 10 bis 12 Uhr vormittags hält Dr. Bernfeld im Heim der jugendlichen Studenten, Prag I, Bartolomajská 14, einen Kurs über „Die Praxis der Psychoanalyse“.

Sozialistische Jugend, Prag — Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker — Einheitsverband.

Dienstag, den 21. März, spricht Genosse Dr. Max Adler, Wien über

„Politische und soziale Demokratie“ 7 1/2 Uhr abend, Dopy-Saal, Jungmannova 29. Anmeldungen bei den Genossen Ullmann, Hubner, Willmet, Trude Kohn, Kausch, Schwab.

allen Orten die Arbeitssportler mit Veranstaltungen auf dem Plan gesehen. Im Herbst wurde der neue Stippenplatz in Kapfenberg, in Hirschwang und in Weidlingau-Hadersdorf, erbaut.

Den Bildungsbestrebungen in den Arbeitersportorganisationen Rechnung tragend, hat der Klub für Referenten Vortragdispositionen für Sportvorträge herausgegeben. Der Referent in den Arbeitersportvereinen als „Sprecher“ hat sich eingelebt und das Wochenblatt „Der Sprecher“ hat den Funktionären wertvolles politisches und sportliches Material vermittelt. Ende Oktober haben die Arbeitersportvereine auch an der Kampagne gegen den Alkohol teilgenommen. Neben der bereits ausgearbeiteten sportlichen Unterweisungsstelle in Wien haben sich Klubs zur Errichtung von Unterweisungstellen in Graz, Linz, Eibach und Kapfenberg gezeigt. Durch den Wiener Radiofender wurden 35 Vorträge über Sport von Funktionären der Arbeitersportbewegung gehalten. Im Klub wurden auch Schulungskurse für Anatomie, Poggens und Physiologie der Weibsbungen durchgeführt und ein Vorbereitungskurs für die Sportlehrerprüfungen beim Wiener Stadtschulrat abgehalten.

Die Unterlegung, die der Arbeitersport von den Behörden erfahren hat, ist mehr als spärlich. Der Bund und die Länderregierungen haben für die Aufrechterhaltung der Arbeitersportler nichts oder fast nichts übrig. Wenn auch viele schöne Erfolge im Jahre 1932 zu verzeichnen waren, so sind die Arbeitersportler damit nicht zufrieden. Die Arbeit in politischer Hinsicht muß bei den Sporttreibenden und innerhalb der Arbeiterklasse härter werden. Keine Neutralität im Sport! Kein Arbeiter in den bürgerlichen Sportorganisationen!

Aus der Partei

Jugendbewegung. Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute Freitag, 8 Uhr, im Heim (Ebdarova 20), Genosse Dr. Emil Franzel: „Konturrevolution über Deutschland“

Der Film

Ramba. Einer der ältesten Fortbenanfilme der Tiffaniproduktion (Regie Rogell) kam wegen des herrschenden Programmmangetts doch noch zur Aufführung, nachdem er seit zwei Jahren vom Verleiher vergeblich angeboten wurde. Das Niveau dieses „Abenteurerfilms aus dem großen Krieg“ ist derart jämmerlich, daß sich eine Wiedergabe des Inhalts erübrigt. Da die kaiserlich deutsche Kolonialarmee logischen die Hauptrolle spielt, sind die Eingeborenen Deutsch-Schaftrals natürlich Feinde, die die kaiserlichen Repräsentanten des Kolonialimperialismus gramlos morden; infolge welchen Unglücks sich die edlen Briten auch nach der Kriegserklärung zur Rettung der weichen Kometen aufmachen und dem besiegten Feind natürlich den Regen lassen. Nebenbei tritt eine edle weiße Jungfrau der Sprechstadt in den ungeliebten Uebelstand (wegen der Finanzierung ihrer Weltfamilie durch den vollen Götter) und nachdem unter Mitleid für ihre Chequaten genügend geweint wurde, sind wir natürlich mit der Weltpolitik ihrer Ruppelfamilie vollkommen einverstanden; denn zur Rettung kaiserlich treuen Adels muß sich eben alles zusammenfinden. Es gibt vom Anfang bis zum happy end Originalfarbenbilder, die wegen der doch noch mangelhaften Technik den unüberprüften Vorteil haben, daß man nicht alle Details der Schauspielerei erkennen kann. Regie, Ton und Spiel ist unerträglich naiv.

Sport • Spiel • Körperpflege

Zur Beachtung!

Infolge der Verschiebung der erweiterten Bundesvorstandssitzung auf den 26. März findet nun auch die Generalversammlung des Sporthauses erst Samstag, den 25. März, 6 Uhr abends, in Ruffig — Bundeshaus statt. — Es wird aus den nahegelegenen Vereinen entsprechende Delegation erwartet.

Der Astö im Jahre 1932.

Die österreichische Arbeitersportbewegung hat sich im Jahre 1932 trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise behauptet. Der Arbeitersport ist viel in der Arbeiterklasse verankert. Die Arbeitslosigkeit hat die finanzielle Kraft der Arbeitersportvereine und Verbände wohl geschwächt, aber die arbeitssamen Arbeitersportler wollen weiter Sport treiben, und es wird ihnen, soweit nur irgend denkbar, ermöglicht. Für die Arbeitssportler ist ja der Sport oft die einzige Lichtquelle ihres freudlosen Daseins in dieser kapitalistischen Welt.

Der Arbeitersport hat an allen politischen Ereignissen des Jahres imigen Anteil genommen. Bei den Gemeinderatswahlen in Wien wurden auch zum erstenmal Funktionäre der Arbeitersportbewegung als Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei aufgestellt. Die Arbeitersportler haben für die Partei und im letzten Jahresbericht auch für die Gewerkschaften wertvolle Propagandaarbeit geleistet.

Am abgelaufenen Jahr hat der Arbeitersport seinen vierzigjährigen Bestand verlängern können. Seit dem Jahre 1892 hat der Arbeitersport einen großen Siegeszug hinter sich. Der im Juni 1932 abgehaltene Bundesstag des Astö legte nach Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes seine künftige Arbeit fest und nahm insbesondere zu den Erziehungsaufgaben in den Arbeitersportvereinen Stellung. Der Bundesstag konnte auch bereits über die Ende Mai im Wiener Stadion durchgeführten Walfestspiele des Astö Berichte entgegennehmen, die mehr als 6000 Menschen als Mitwirkende zu drei Aufführungen vereinigt hatten und die einen ungeheuren Erfolg auf dem Gebiet der Massensportkultur brachten. Der Bundesstag hat auch der Gründung eines Arbeiter-Samariterbundes zugestimmt und vielen in den Astö aufgenommen. An der Aktion „Jugend am Werk“, die von der Gemeinde Wien für die arbeitssamen Jugendlichen ins Leben gerufen wurde, haben sich auch die Arbeitersportler beteiligt und durch die Aktion in Wien verschiedene Plätze neu errichtet, respektive instand gesetzt.

In allen Sportzweigen hat das Jahr 1932 bedeutsame sportliche Erfolge gezeigt. Der Astö hat eine große Nordlandreise veranstaltet und die Schwimmsportler haben mit Norwegen in sportliche Kontakte. Die Arbeitersportler haben überdies mit dem Beginn der Europameisterschaft einen großen Erfolg. Der 1. Mai und der 12. November haben in fast

KINO-PROGRAMM
vom 17. März bis 23. März 1933.

Wran-Urania-Kino
einziges deutsches Kino Prag.
Gitta Alpar, Gustav Fröhlich zum ersten Male als junges Ehepaar im Film:
„Gitta entdeckt ihr Herz“
Sie hören die schönste Frauenstimme!

Wo verkehren wir?
Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Opotrný)
Täglich Konzert. PRAG II., Hybernská Nr. 7.